

Bundesgesetzblatt ⁹⁷⁷

Teil II

G 1998

2001

Ausgegeben zu Bonn am 17. Oktober 2001

Nr. 30

Tag	Inhalt	Seite
12. 10. 2001	Gesetz zu dem Abkommen vom 7. September 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen <small>GESTA: XD008</small>	978
11. 10. 2001	Verordnung zur Verlängerung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 1993	1002
21. 8. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	1004
22. 8. 2001	Bekanntmachung des deutsch-nicaraguanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	1009
24. 8. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Zusatzprotokolle zu den vier Genfer Rotkreuz-Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler und nicht internationaler bewaffneter Konflikte – Protokolle I und II –	1010
31. 8. 2001	Bekanntmachung des deutsch-sambischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1015
6. 9. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens	1016
6. 9. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters sowie des Protokolls hierzu	1017
13. 9. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	1017
14. 9. 2001	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind (Rahmenvereinbarung)	1018
14. 9. 2001	Bekanntmachung der Änderungsvereinbarung zu der deutsch-amerikanischen Vereinbarung vom 27. März 1998 über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind	1029
18. 9. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger	1032

Gesetz
zu dem Abkommen vom 7. September 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 12. Oktober 2001

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 7. September 1999 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 12. Oktober 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Соглашение
между Федеративной Республикой Германия
и Республикой Узбекистан
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Usbekistan –

Федеративная Республика Германия
и
Республика Узбекистан,

von dem Wunsch geleitet, ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu entwickeln und zu festigen –

желая развивать и укреплять экономические взаимоотношения путем упразднения налоговых препятствий,

sind wie folgt übereingekommen:

согласились о нижеследующем:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für alle Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die in den Vertragsstaaten gemäß den dort geltenden Gesetzen erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Steuern von Lohn- und Vergütungssummen, die von Unternehmen gezahlt werden, sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
- die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Vermögensteuer und
 - die Gewerbesteuer,
- einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение распространяется на все налоги на доходы и имущество, взимаемые в соответствии с законодательством, действующим в Договаривающихся Государствах, независимо от способа и метода их взимания.

2. Налогами на доходы и имущество считаются налоги, которые взимаются с совокупного дохода, совокупного имущества или частей дохода или имущества, включая налоги с прибыли от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги с общих сумм заработной платы или вознаграждений, выплачиваемых предприятиями, а также налоги с прироста имущества.

3. К действующим в настоящее время налогам, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, в частности, относятся:

- a) в Федеративной Республике Германия:
- подходный налог;
 - налог с корпораций;
 - налог на имущество и
 - промысловый налог,
- включая налоговые надбавки к ним
(далее именуемые „германские налоги“);

- b) in der Republik Usbekistan:
die Steuer auf Einkommen (Gewinn) von juristischen Personen,
die Einkommensteuer von natürlichen Personen,
die Vermögensteuer
(im Folgenden als „usbekische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, soweit für die Abkommensanwendung erforderlich, die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) umfasst der Ausdruck „die Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zweck der Erforschung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) umfasst der Ausdruck „die Republik Usbekistan“ im geographischen Sinn die Republik Usbekistan, das heißt das Hoheitsgebiet der Republik Usbekistan, einschließlich der nationalen Gewässer und des Luftraums, soweit die Republik Usbekistan dort nach dem Recht der Republik Usbekistan und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse, einschließlich der Rechte auf Nutzung des Erdinneren und der Bodenschätze ausübt;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Usbekistan;
- d) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie Körperschaften behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Perso-

- b) в Республике Узбекистан:
налог на доходы (прибыль) юридических лиц;
налог на доходы физических лиц;
налог на имущество
(далее именуемые „налоги Республики Узбекистан“).

4. Настоящее Соглашение применяется также к любым подобным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга о существенных изменениях в их налоговых законодательствах, если это требуется в целях применения настоящего Соглашения.

Статья 3

Общие определения

1. Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

- a) термин „Федеративная Республика Германия“ охватывает государственную территорию Федеративной Республики Германия, а также примыкающую к территориальному морю территорию морского дна и морских недр, а также расположенной над ними водной толщи, на которой Федеративная Республика Германия в соответствии с международным правом и национальными правовыми актами может осуществлять суверенные права и юрисдикцию в целях исследования и разработки природных ресурсов;
- b) термин „Республика Узбекистан“ означает Республику Узбекистан и при использовании в географическом смысле охватывает всю территорию Республики Узбекистан, включая внутренние воды и воздушные пространства, в пределах которых Республика Узбекистан может осуществлять суверенные права и юрисдикцию, включая права на использование подпочвы и природных ресурсов по законодательству Республики Узбекистан и в соответствии с международным правом;
- c) термины „Договаривающееся Государство“ и „другое Договаривающееся Государство“ означают, в зависимости от контекста, Федеративную Республику Германия или Республику Узбекистан;
- d) термин „лицо“ означает физические лица и компании, или любое иное объединение лиц;
- e) термин „компания“ означает юридические лица или правовые субъекты, которые для целей налогообложения рассматриваются как корпоративные;
- f) термины „предприятие Договаривающегося Государства“ и „предприятие другого Договаривающегося Государства“ соответственно означают предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом Договаривающегося Государства, или предприятие, управляемое лицом, являющимся резидентом другого Договаривающегося Государства;
- g) термин „международные перевозки“ означает любую перевозку морским или воздушным судном, используемым предприятием Договаривающегося Государства, кроме случаев, когда морское или воздушное судно используется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договаривающемся Государстве;
- h) термин „национальное лицо“ означает:
aa) применительно к Федеративной Республике Германия:
всех немцев в понимании Основного закона Федеративной Республики Германия, а также все юридические лица, простые товарищества и иные объе-

nenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

bb) in Bezug auf die Republik Usbekistan

alle natürlichen Personen, die die usbekische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Usbekistan geltenden Recht errichtet worden sind;

i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, auf die es seine Befugnisse delegiert hat;

bb) in der Republik Usbekistan das Staatliche Steuerkomitee oder die Behörde, auf die es seine Befugnisse delegiert hat.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach vorstehendem Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

динения лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Федеративной Республике Германия законодательством;

bb) применительно к Республике Узбекистан:

все физические лица, имеющие гражданство Республики Узбекистан, а также все юридические лица, простые товарищества и иные объединения лиц, учрежденные в соответствии с действующим в Республике Узбекистан законодательством;

i) термин „компетентный орган“ означает:

aa) применительно к Федеративной Республике Германия Федеральное министерство финансов или орган, которому оно передало свои полномочия;

bb) применительно к Республике Узбекистан Государственный налоговый комитет или орган, которому он передал свои полномочия.

2. Если из контекста иное не вытекает, то при применении Договаривающимся Государством настоящего Соглашения любой не определенный в Соглашении термин имеет то значение, которое ему придает законодательство этого Государства о налогах, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, причем значение согласно применяемому в этом Государстве налоговому законодательству преобладает над каким-либо значением, которое термин имеет в соответствии с другой правовой отраслью данного Государства.

Статья 4

Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения термин „резидент Договаривающегося Государства“ означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основе своего местожительства, своего постоянного местопребывания, места нахождения своего руководящего органа или иного аналогичного критерия. Указанный термин не распространяется, однако, на лиц, которые подлежат налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении имущества, расположенного в этом Государстве.

2. В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, действуют следующие положения:

- a) лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом того Государства, с которым оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
- b) в случае, если не может быть определено, в каком Государстве лицо имеет центр жизненных интересов, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом того Государства, в котором оно обычно проживает;
- c) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом того Государства, гражданином которого оно является;
- d) если лицо не является гражданином ни одного из Государств, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию.

3. В случае, если в соответствии с положениями пункта 1 настоящей статьи компания является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то она считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположено место нахождения ее фактического руководящего органа.

Artikel 5
Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den vorstehenden Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des nachstehenden Absatzes 7, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der vorstehenden Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die im vorstehenden Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels wird ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats, außer bei Rückversicherungen, so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es im Gebiet des anderen Staates durch eine Person, die kein unabhängiger Ver-

Статья 5
Постоянное учреждение

1. Для целей настоящего Соглашения термин „постоянное учреждение“ означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое деятельность предприятия осуществляется полностью или частично.

2. Термин „постоянное учреждение“, в частности, включает:

- a) место управления;
- b) филиал;
- c) офис;
- d) фабрику;
- e) мастерскую и
- f) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место разработки природных ресурсов.

3. Строительная площадка или монтажный объект являются постоянным учреждением только в случаях, если продолжительность их существования превышает 12 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, постоянным учреждением не считаются:

- a) объекты, используемые исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;
- b) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях хранения, демонстрации либо поставки;
- c) запасы изделий или товаров, принадлежащих предприятию, которые содержатся исключительно в целях обработки или переработки их другим предприятием;
- d) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях закупки для предприятия изделий или товаров либо сбора информации для него;
- e) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления для предприятия любых иных видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;
- f) постоянное место предпринимательской деятельности, которое содержится исключительно в целях осуществления видов деятельности, перечисленных в подпунктах а) – е) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого совокупная деятельность данного постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 7 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договаривающемся Государстве полномочие на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет в нем данное полномочие, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как имеющее постоянное учреждение в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное учреждение.

6. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, страховое предприятие Договаривающегося Государства будет считаться имеющим постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве, если оно принимает страховые премии на территории этого другого Госу-

treter nach Absatz 7 ist, Prämien einzieht oder dort gelegene Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Rechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Vorstehender Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die vorstehenden Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig

darf oder осуществляет страхование от возможного там риска через лицо, иное, чем независимый агент согласно пункту 7 настоящей статьи, за исключением случаев операций по перестрахованию.

7. Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное учреждение в Договариваемом Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

8. Тот факт, что компания, являющаяся резидентом Договариваемого Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договариваемого Государства или осуществляет в нем свою деятельность (либо через постоянное учреждение, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное учреждение другой.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом Договариваемого Государства от недвижимого имущества (включая доходы от предприятий сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договариваемом Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Термин „недвижимое имущество“ имеет то значение, которое он имеет по законодательству того Договариваемого Государства, в котором расположено данное имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения законодательства о земельных участках, права пользования недвижимым имуществом и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов; морские и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, предназначенного для целей оказания независимых личных услуг.

Статья 7

Прибыль от предпринимательской деятельности

1. Прибыль предприятия Договариваемого Государства может облагаться налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договариваемом Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет свою деятельность упомянутым образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, однако лишь постольку, поскольку она может быть отнесена к этому постоянному учреждению.

2. В случае, если предприятие Договариваемого Государства осуществляет свою деятельность в другом Договариваемом Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договариваемом Государстве к этому постоянному учреждению относятся суммы прибыли, которые оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких

gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Dieser Artikel gilt auch für die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft. Er erstreckt sich auch auf Vergütungen, die ein Gesellschafter einer Personengesellschaft von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft, für die Gewährung von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezieht, wenn diese Vergütungen nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, in dem die Betriebsstätte gelegen ist, den Einkünften des Gesellschafters aus dieser Betriebsstätte zugerechnet werden.

(8) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Internationaler Verkehr

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr auch

- a) Einkünfte aus der Vercharterung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Einkünfte aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dienen), die für den Transport von Gütern oder Waren genutzt werden,

sofern die Vercharterung oder die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr zuzuordnen ist.

(3) Vorstehender Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным предприятием и действуя полностью независимым в отношениях с предприятием, постоянным учреждением которого оно является.

3. При исчислении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, понесенных для нужд такого постоянного учреждения, включая управленческие и общедминистративные расходы, независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное учреждение, или где-либо в другом месте.

4. Если в Договариваемом Государстве принято исчислять прибыль, относящуюся к постоянному учреждению, путем распределения совокупной суммы прибыли предприятия на его отдельные подразделения, то положения пункта 2 настоящей статьи не исключают, чтобы это Договариваемое Государство исчисляло облагаемую налогом прибыль в соответствии с принятым методом распределения; выбранный метод распределения прибыли должен, однако, соответствовать по своему результату принципам настоящей статьи.

5. На основании произведенной постоянным учреждением лишь закупки изделий или товаров для предприятия никакая прибыль к нему не относится.

6. При применении положений предыдущих пунктов настоящей статьи прибыль, относящаяся к постоянному учреждению, каждый год должна быть исчислена одним и тем же методом, если только не имеется достаточно веских причин действовать по иному.

7. Положения настоящей статьи применяются также к доходам от участия в простом товариществе. Ее действие также распространяется на вознаграждения, которые получает участник простого товарищества от данного товарищества за свою деятельность в интересах товарищества, за предоставление кредитов (займов) или передачу хозяйственных ценностей, если указанные вознаграждения согласно налоговому законодательству того Договариваемого Государства, в котором расположено постоянное учреждение, относятся к доходам, получаемым участником от этого постоянного учреждения.

8. Если прибыль включает доходы, рассматриваемые в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих других статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Международные перевозки

1. Прибыль предприятия Договариваемого Государства от использования морских или воздушных судов в международных перевозках может облагаться налогом только в этом Государстве.

2. Для целей настоящей статьи прибыль от использования морских или воздушных судов в международных перевозках включает также:

- a) доходы от сдачи в чартер порожних морских или воздушных судов и
- b) доходы от использования, содержания или сдачи внаем контейнеров (включая трейлеры и принадлежащее к ним оборудование для контейнерного транспорта), используемых в целях транспортировки грузов или товаров,

если такая сдача в чартер либо такое использование, содержание или сдача внаем могут быть отнесены к использованию морских или воздушных судов в международных перевозках.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи также распространяются на прибыль от участия в пуле, в совместной деятельности или в международном транспортном агентстве.

Artikel 9
Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10
Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

Статья 9
Ассоциированные предприятия

1. В случае, если:

- a) предприятие Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства или
- b) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в указанных случаях оба предприятия в их коммерческих или финансовых отношениях обязаны соблюдать согласованные или возложенные на них условия, отличающиеся от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то прибыль, которая могла бы быть получена одним из предприятий без таких условий, но не была получена в силу этих условий, может быть отнесена к прибыли данного предприятия и соответственно обложена налогом.

2. Если в Договаривающемся Государстве к прибыли предприятия этого Государства относятся и соответственно подлежат налогообложению суммы прибыли, в отношении которых предприятие другого Договаривающегося Государства подлежало налогообложению в этом другом Государстве, и если речь в отношении отнесенных сумм прибыли идет о суммах, которые могли бы быть получены предприятием первого упомянутого Государства при совпадении условий, согласованных между указанными предприятиями, с условиями, которые были бы согласованы между независимыми предприятиями, то другое Государство производит соответствующую поправку взимаемого в нем налога с таких сумм прибыли. При такой поправке должны быть соблюдены остальные положения настоящего Соглашения; в случае необходимости компетентные органы Договаривающихся Государств вступают во взаимные консультации.

Статья 10
Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные дивиденды могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором компания, выплачивающая дивиденды, является резидентом, в соответствии с его законодательством; если, однако, правообладателем дивидендов является резидент другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать:

- a) 5 процентов от валовой суммы дивидендов, если правообладателем является компания (за исключением простого товарищества), которая непосредственно располагает не менее чем 25 процентами капитала выплачивающей дивиденды компании;
- b) 15 процентов от валовой суммы дивидендов во всех иных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении сумм прибыли, из которых выплачиваются дивиденды.

3. Употребляемый в настоящей статье термин „дивиденды“ означает доходы по акциям, по правам или сертификатам на участие в прибыли, по акциям горнодобывающей промышленности, по учредительским паям или иным правам по участию в прибыли, за исключением долговых требований, а также прочие доходы, которые по законодательству Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль, приравниваются в налоговом отношении к доходам по акциям.

(4) Die vorstehenden Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist je nach Sachverhalt Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrag der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des vorstehenden Absatzes 2 gilt Folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Usbekistan, die Nationalbank für Außenwirtschaft der Republik Usbekistan oder nach jeweiliger Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten an eine andere ähnliche Einrichtung gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Usbekistan stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern oder nach jeweiliger Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten an eine andere ähnliche Einrichtung gezahlt werden, sowie für ein durch Hermes-Deckung verbürgtes Darlehen sind von der usbekischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgel-

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и долевое участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются в зависимости от обстоятельств положения статьи 7 или статьи 14 настоящей Соглашения.

5. В случае, если компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства, получает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией, за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с расположенными в этом другом Государстве постоянным учреждением или постоянной базой, ни подвергать суммы прибыли такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Статья 11

Проценты

1. Проценты, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные проценты могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; если, однако, правообладателем процентов является резидент другого Договаривающегося Государства, то налог не должен превышать 5 процентов от валовой суммы процентов.

3. Несмотря на положения пункта 2 настоящей статьи действуют следующие положения:

- a) суммы процентов, которые возникли в Федеративной Республике Германия и выплачиваются Правительству Республики Узбекистан, Национальному банку внешнеэкономической деятельности Республики Узбекистан или другому аналогичному учреждению согласно соответствующей договоренности, достигнутой между компетентными органами Договаривающихся Государств, освобождаются от германских налогов;
- b) суммы процентов, которые возникли в Республике Узбекистан и выплачиваются Правительству Федеративной Республики Германия, Немецкому федеральному банку, Кредитанштальту фюр видерауфбау, Германскому обществу по финансированию долевых частей в развивающихся странах или другому аналогичному учреждению согласно соответствующей договоренности, достигнутой между компетентными органами Договаривающихся Государств, а также суммы процентов по кредитам (займам), гарантированным страховой компанией „Гермес Кредитферзихерунгс АГ“, освобождаются от налогов Республики Узбекистан.

4. Употребляемый в настоящей статье термин „проценты“ означает доходы от долговых требований любого вида, включая и случаи, когда требования обеспечены залоговым правом на земельные участки или наделены правом на участие в прибыли должника, и, в частности, доходы по государственным займам и облигациям, включая связанные

der und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfasst jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(5) Die vorstehenden Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist je nach Sachverhalt Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von nachstehendem Absatz 3 Buchstabe a,
- b) 3 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von nachstehendem Absatz 3 Buchstabe b

nicht übersteigen, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Staat ansässige Person ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden für

- a) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen oder künstlerischen Werken, einschließlich kinematographischen Filmen, Aufzeichnungen auf

s ihnen prämien, а также выигрыши по выигрышным займам. Пени за несвоевременную выплату не считаются процентами в понимании настоящей статьи. Термин „проценты“ не включает, однако, доходы, рассматриваемые в статье 10 настоящего Соглашения.

5. Положения пунктов 1, 2 и 3 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором проценты возникли, через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и долговое требование, по которому выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному учреждению или такой постоянной базе. В таком случае применяются в зависимости от обстоятельств положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

6. Проценты считаются возникшими в Договаривающемся Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство или его территориально-административные образования, либо резидент этого Государства. Если, однако, плательщик процентов, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, и если задолженность, по которой выплачиваются проценты, образовалась для нужд постоянного учреждения или постоянной базы, и если расходы по выплате процентов несут постоянное учреждение или постоянная база, то проценты считаются возникшими в том Государстве, в котором расположены постоянное учреждение или постоянная база.

7. Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма процентов относительно долгового требования, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 12

Лицензионные платежи

1. Лицензионные платежи, возникшие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Указанные лицензионные платежи могут, однако, также облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором они возникли, в соответствии с его законодательством; если правообладателем лицензионных платежей является резидент другого Государства, то налог, однако, не должен превышать:

- a) 5 процентов от валовой суммы лицензионных платежей согласно подпункту а) пункта 3 настоящей статьи,
- b) 3 процента от валовой суммы лицензионных платежей согласно подпункту б) пункта 3 настоящей статьи.

3. Употребляемый в настоящей статье термин „лицензионные платежи“ означает вознаграждения любого вида, которые выплачиваются за:

- a) использование либо предоставление права использования авторских прав на произведения литературы или искусства, включая кинематографические фильмы, запи-

Band oder anderen Trägern zur Verwendung in Rundfunk- und Fernsehübertragungen;

- b) die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an wissenschaftlichen Werken, Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

(4) Vorstehende Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist je nach Sachverhalt Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst oder eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen an einer Gesellschaft, deren Aktivvermögen überwiegend aus unbeweglichem Vermögen in einem Vertragsstaat besteht, können in diesem Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder

si на пленку или другие носители для использования в радио- и телевизионных передачах;

- b) использование либо предоставление права использования авторских прав на произведения науки, патенты, торговые знаки, образцы или модели, схемы, секретные формулы или технологии, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта.

4. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются, если правообладатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникли лицензионные платежи, предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых производятся лицензионные платежи, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются в зависимости от обстоятельств положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

5. Лицензионные платежи считаются возникшими в Договаривающемся Государстве тогда, когда их плательщиком является само это Государство или его территориально-административные образования, либо резидент этого Государства. Если, однако, плательщик лицензионных платежей, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, и если обязательство выплачивать такие лицензионные платежи было принято для нужд постоянного учреждения или постоянной базы, и если постоянное учреждение или постоянная база несут расходы по выплате лицензионных платежей, то такие платежи считаются возникшими в том Государстве, в котором расположены постоянное учреждение или постоянная база.

6. Если вследствие особых отношений между плательщиком и правообладателем или между каждым из них и каким-либо третьим лицом сумма лицензионных платежей относительно объема услуг, лежащих в их основе, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и правообладателем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом иных положений настоящего Соглашения.

Статья 13

Прибыль от отчуждения имущества

1. Прибыль, получаемая резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, которое расположено в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Прибыль от отчуждения акций и прочих долей участия в компании, активы которой преимущественно состоят из недвижимого имущества, расположенного в Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом Государстве.

3. Прибыль от отчуждения движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящегося к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, включая такие суммы прибыли, которые извле-

einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr von diesem Unternehmen betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten, der während des betreffenden Steuerjahrs beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das im inter-

nauen in der Bundesrepublik Deutschland liegt, besteuert werden, wenn die Vergütungen von einem Arbeitgeber gezahlt werden, der in der Bundesrepublik Deutschland ansässig ist, und die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland hat.

4. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства от отчуждения морских или воздушных судов, используемых данным предприятием в международных перевозках, а также от отчуждения движимого имущества, предназначенного для использования таких морских или воздушных судов, может облагаться налогом только в этом Государстве.

5. Прибыль от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 – 4 настоящей статьи, может облагаться налогом только в том Договаривающемся Государстве, в котором лицо, отчуждающее это имущество, является резидентом.

Статья 14

Независимые личные услуги

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от оказания профессиональных услуг или от прочей деятельности независимого характера, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только это лицо в другом Договаривающемся Государстве для осуществления своей деятельности обычно не располагает постоянной базой. Если оно располагает такой постоянной базой, то доходы могут облагаться налогом в этом другом Государстве, однако лишь постольку, поскольку они могут быть отнесены к этой постоянной базе.

2. Термин „профессиональные услуги“ включает, в частности, независимо осуществляемую научную, литературную, воспитательную или преподавательскую деятельность, независимо осуществляемую деятельность в области искусств, а также независимую деятельность врачей, стоматологов, адвокатов, инженеров, архитекторов и экспертов в области бухгалтерского дела.

Статья 15

Работа по найму

1. С учетом положений статей 16, 17, 18 и 19 настоящего Соглашения жалованье, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от работы по найму, могут облагаться налогом только в этом Государстве, если только работа не выполняется в другом Договаривающемся Государстве. Если работа выполняется в нем, то полученные в этой связи вознаграждения могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

- a) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году, и
- b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства, и
- c) расходы по выплате вознаграждений не несет постоянное учреждение или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществляется на борту морского или воздушного судна,

nationalen Verkehr von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Artikels 12 gehören zu den Einkünften, die die im Absatz 1 genannten Personen aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, auch Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung des Namens, des Bildes oder sonstiger Persönlichkeitsrechte dieser Personen gezahlt werden. Entsprechendes gilt für Einkünfte aus der Duldung von Aufzeichnungen und Übertragungen von künstlerischen und sportlichen Darbietungen durch Rundfunk und Fernsehen.

(3) Fließend Einkünfte im Sinne der vorgenannten Absätze 1 und 2 nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Kassen des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten aus dem anderen Vertragsstaat, so können diese Bezüge nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von vorstehendem Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

используемого предприятием Договаривающегося Государства в международных перевозках, могут облагаться налогом в этом Государстве.

Статья 16

Вознаграждения членам наблюдательных советов и советов директоров

Вознаграждения членам наблюдательных советов или советов директоров и аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 17

Артисты и спортсмены

1. Несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве артиста-исполнителя, такого, как артиста театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, а также в качестве спортсмена от его лично осуществляемой деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Несмотря на положения статьи 12 настоящего Соглашения, к доходам, которые получают лица, обозначенные в пункте 1 настоящей статьи, от своей лично осуществляемой деятельности в другом Договаривающемся Государстве, принадлежат также любые вознаграждения, которые выплачиваются за использование или право использования имени, портрета либо иных личных прав указанных лиц. Соответствующее положение действует применительно к доходам в связи с согласием на воспроизведение и передачу артистических или спортивных выступлений по радиовещанию и телевидению.

3. В случае, если доходы в понимании пунктов 1 и 2 настоящей статьи начисляются не самому артисту или спортсмену, а иному лицу, то, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, эти доходы могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором артист или спортсмен осуществляет свою деятельность.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляемой артистами или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их пребывание в этом Государстве полностью или преимущественно финансируется за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства или его территориально-административных образований, либо организацией, признанной в этом другом Государстве общественно полезной (благотворительной). В таком случае доходы могут облагаться только в том Договаривающемся Государстве, резидентом которого является артист или спортсмен.

Статья 18

Пенсии, ренты и аналогичные выплаты

1. Если резидент Договаривающегося Государства получает пенсии и аналогичные вознаграждения или ренты из другого Договаривающегося Государства, то эти выплаты могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве.

2. Выплаты, которые получает резидент Договаривающегося Государства за счет обязательного социального страхования другого Договаривающегося Государства, в отличие от положений пункта 1 настоящей статьи могут облагаться налогом только в этом другом Государстве.

(3) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslänglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

Artikel 19 Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

- a) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- b) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

Artikel 20 Gastprofessoren, Lehrer und Studenten

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Auszubildender, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar von der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium

3. Термин „рента“ означает определенную сумму, которая регулярно выплачивается в установленные сроки, пожизненно или на протяжении определенного либо определенного периода времени, на основании обязательства, предусматривающего эти выплаты в качестве возмещения за адекватную услугу, предоставленную деньгами или материальными ценностями.

Статья 19 Государственная служба

1. Вознаграждения, за исключением пенсий, выплачиваемые Договаривающимся Государством или его территориально-административными образованиями физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства или этих территориально-административных образований, могут облагаться налогом только в этом Государстве. Указанные вознаграждения могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если указанная служба осуществляется в этом другом Государстве и физическое лицо является резидентом данного Государства, а также

a) является национальным лицом данного Государства или
b) стало резидентом данного Государства не только лишь в целях осуществления службы.

2.

a) Пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством или его территориально-административными образованиями, либо за счет целевого фонда, учрежденного этим Договаривающимся Государством или этими территориально-административными образованиями, физическому лицу за службу, осуществленную для этого Государства или этих территориально-административных образований, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

b) Указанные пенсии могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого другого Государства.

3. В отношении вознаграждений, включая пенсии, за услуги, оказываемые в связи с предпринимательской деятельностью Договаривающегося Государства или его территориально-административных образований, применяются положения статей 15, 16 и 18 настоящего Соглашения.

Статья 20 Преподаватели, учителя и студенты

1. Физическое лицо, находящееся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшего учебного заведения, школы, музея или какого-либо иного учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рамках официального культурного обмена в этом Договаривающемся Государстве не более двух лет исключительно с целью осуществления преподавательской деятельности, чтения лекций или осуществления исследовательской деятельности в указанном учреждении и являющееся резидентом другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшееся таковым, освобождается от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения получены из источников за пределами этого Государства.

2. Выплаты, предназначенные для проживания, учебы или подготовки, которые получает студент, практикант или учащийся, находящийся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью учебы или подготовки и являющийся резидентом другого Договаривающегося Государства

oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist je nach Sachverhalt Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe oder Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Die Einkünfte aus der Republik Usbekistan sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen dort besteuert werden können, werden von der deutschen Steuer freigestellt, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Für Dividenden gilt die Freistellung nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Republik Usbekistan ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 25 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

ва или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшийся таковым, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Иные доходы

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые не рассматривались в предыдущих статьях настоящего Соглашения, независимо от их происхождения могут облагаться налогом только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества, если получатель, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет в другом Договаривающемся Государстве предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых выплачиваются эти доходы, реально связаны с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются в зависимости от обстоятельств положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

Статья 22

Имущество

1. Недвижимое имущество, принадлежащее резиденту Договаривающегося Государства и расположенное в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Движимое имущество, представляющее собой активы постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Морские или воздушные суда, используемые предприятием Договаривающегося Государства в международных перевозках, а также движимое имущество, предназначенное для использования таких морских или воздушных судов, могут подлежать налогообложению только в этом Государстве.

4. Все иные элементы имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 23

Устранение двойного налогообложения

1. Применительно к резиденту Федеративной Республики Германия налоги устанавливаются следующим образом.

a) Доходы из Республики Узбекистан, а также расположенные там имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут там облагаться налогом, будут освобождены от обложения германскими налогами, если они не подлежат зачету в соответствии с подпунктом б) настоящего пункта. Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать освобожденные таким образом доходы или имущественные ценности при установлении налоговой ставки. Для дивидендов освобождение применяется только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компанией, являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся рези-

Von Steuern vom Vermögen werden Beteiligungen freigestellt, wenn deren Dividenden, falls solche gezahlt werden oder gezahlt worden wären, nach dem vorhergehenden Satz freizustellen sind oder wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die usbekische Steuer angerechnet, die nach usbekischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:
- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 in der Republik Usbekistan besteuert werden können;
- ee) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- ff) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.
- c) Statt der Bestimmungen des vorstehenden Buchstabens a sind die Bestimmungen des vorstehenden Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Republik Usbekistan ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten oder aus unter § 8 Absatz 2 dieses Gesetzes fallenden Beteiligungen bezieht; gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 3).
- d) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Usbekistan zur Ausschüttung, so schließt Buchstabe a die durch die Anrechnungsmethode bedingte Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung
- дентом Республики Узбекистан, капитал которой принадлежит не менее чем на 25 процентов непосредственно германской компании.
- Долевые участия освобождаются от обложения налогом на имущество тогда, когда дивиденды по ним в случае, если они выплачиваются или были бы выплачены, подлежат или подлежали бы освобождению согласно положениям предыдущей части настоящего подпункта.
- b) С учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов при обложении германскими налогами, взимаемыми с дохода, производится зачет налогов Республики Узбекистан, уплаченных по этим доходам согласно законодательству Республики Узбекистан и в соответствии с настоящим Соглашением, по нижеприведенным доходам:
- aa) дивидендам, не подпадающим под действие подпункта а) настоящего пункта;
- bb) процентам;
- cc) лицензионным платежам;
- dd) доходам, которые согласно пункту 2 статьи 13 настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Республике Узбекистан;
- ee) вознаграждениям членам наблюдательных советов и советов директоров;
- ff) доходам артистов и спортсменов.
- c) В отношении доходов в понимании статей 7 и 10 настоящего Соглашения и имущественных ценностей, лежащих в их основе, вместо положений подпункта а) настоящего пункта применяются положения подпункта б) настоящего пункта, если резидент Федеративной Республики Германия не представляет подтверждения о том, что постоянное учреждение в хозяйственном (отчетном) году, в котором оно извлекло прибыль, или компания, являющаяся резидентом Республики Узбекистан, в хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получили свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 – 6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах, либо от долевых частей, подпадающих под действие пункта 2 параграфа 8 указанного Закона; то же положение действует в отношении недвижимого имущества, предназначенного для нужд постоянного учреждения (пункт 4 статьи 6 настоящего Соглашения), а также в отношении сумм прибыли от отчуждения данного недвижимого имущества (пункт 1 статьи 13 настоящего Соглашения) и движимого имущества, представляющего собой активы постоянного учреждения (пункт 3 статьи 13 настоящего Соглашения).
- d) Если компания, являющаяся резидентом Федеративной Республики Германия, использует для распределения прибыли доходы из источников в Республике Узбекистан, то положения подпункта а) настоящего пункта не исключают компенсационного обложения налогом с корпораций распределяемой суммы в соответствии с положениями германского налогового законодательства.
- e) Несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом б) настоящего пункта,
- aa) если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям настоящего Соглашения или причисляются разным лицам (кроме случаев согласно статье 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3

oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder

- bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen ihres innerstaatlichen Rechts der Republik Usbekistan auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) Bei einer in der Republik Usbekistan ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Wenn eine in der Republik Usbekistan ansässige Person Einkünfte bezieht oder Vermögen besitzt, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so wird der in der Bundesrepublik Deutschland auf diese Einkünfte oder dieses Vermögen gezahlte Steuerbetrag von der Steuer, die von dieser Person in der Republik Usbekistan erhoben wird, abgezogen. Dieser Abzug darf jedoch den Steuerbetrag, der von diesen Einkünften oder diesem Vermögen gemäß den Gesetzen und Vorschriften der Republik Usbekistan ermittelt wird, nicht übersteigen.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Staatsangehörige der Vertragsstaaten, die in keinem von beiden ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertrags-

staats 25 dieses Abkommens, und wenn in Anbetracht der unterschiedlichen Besteuerung oder der Einrechnung der Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder

- bb) если Федеративная Республика Германия после надлежащих консультаций и с учетом ограничений согласно ее национальному законодательству уведомляет Республику Узбекистан по дипломатическим каналам об иных доходах, к которым она предполагает применять метод зачета согласно подпункту б) настоящего пункта. Уведомление вступает в действие только с первого дня календарного года, следующего за годом, в котором было передано уведомление.

2. Применительно к резиденту Республики Узбекистан налоги устанавливаются следующим образом.

Если резидент Республики Узбекистан получает доходы или владеет имуществом, которые в соответствии с положениями настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, сумма налога на такие доходы или имущество, уплаченного в Федеративной Республике Германия, будет вычтена из налога, взимаемого с такого лица в Республике Узбекистан. Такой вычет, однако, не может превышать сумму налога, исчисленного с таких доходов или имущества в соответствии с законодательством и правилами Республики Узбекистан.

Статья 24

Недопущение налоговой дискриминации

1. Национальные лица Договаривающегося Государства не могут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица этого другого Государства при тех же обстоятельствах, в частности, резидентства. Несмотря на положения статьи 1 настоящего Соглашения, данное положение применяется также к национальным лицам Договаривающихся Государств, не являющимся резидентами ни одного из них.

2. Налогообложение в отношении постоянного учреждения, которое имеет предприятие Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся Государстве, в этом другом Государстве не может быть менее благоприятным, чем налогообложение в отношении предприятий этого другого Государства, осуществляющих ту же деятельность. Данное положение не должно истолковываться как обязывающее Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства не облагаемые налогом суммы, налоговые льготы или скидки, которые оно предоставляет только своим резидентам.

3. В случаях, когда не подлежат применению положения пункта 1 статьи 9, пункта 7 статьи 11 или пункта 6 статьи 12 настоящего Соглашения, проценты, лицензионные платежи и иные выплаты, которые производит предприятие Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этого предприятия на таких же условиях, как платежи, предназначенные резиденту первого упомянутого Государства. Соответственно долги, которые это предприятие имеет по отношению к резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемого имущества этого предприятия на тех же условиях, как долги перед резидентом первого упомянутого Государства.

4. Предприятия Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично, прямо или косвенно

staat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist nicht durch Artikel 1 eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese

prinzipalresidenten des anderen Vertragsstaats, die dem Abkommen unterliegen, vorbehalten. Die Informationen dürfen nicht weitergegeben werden, es sei denn, es besteht ein berechtigtes Interesse an ihrer Offenlegung, und es ist zu erwarten, dass die Offenlegung der Informationen dem öffentlichen Interesse dienlich ist. Die Informationen dürfen nicht für Zwecke der Besteuerung verwendet werden, die nicht dem Abkommen entsprechen.

5. Несмотря на статью 2 настоящего Соглашения, положения настоящей статьи применяются к налогам любого вида и наименования.

Статья 25

Процедура взаимного согласования

1. Если лицо считает, что действия Договаривающегося Государства или обоих из них приводят или приведут к налогообложению по отношению к нему, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, без ущерба для правовых средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, а в случае, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 24 настоящего Соглашения, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действии, приведшем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

2. Если указанный компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии прийти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутое путем согласования урегулирование должно выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранять по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении настоящего Соглашения. Они могут также консультироваться о том, как избежание двойного налогообложения может быть достигнуто в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств в целях достижения согласия в соответствии с вышеизложенными положениями настоящей статьи могут вступать в непосредственные взаимные контакты.

Статья 26

Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статьи 1 настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимся Государством информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, принудительным взысканием или уголов-

Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Vorstehender Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widersprüche.

Artikel 27

Erstattung der Abzugssteuern

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünfte im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg (an der Quelle) erhobene Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des dritten auf das Kalenderjahr der Festsetzung der Abzugssteuer auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder andere Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann vom Antragsteller eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über die Ansässigkeit in dem anderen Vertragsstaat verlangen.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 28

Anwendung des Abkommens in bestimmten Fällen

(1) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, seine innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung anzuwenden.

(2) Die Steuersatzbegrenzungen nach Artikel 12 Absatz 2 gelten nicht, wenn es der Hauptzweck einer der beteiligten Personen war, durch Begründung oder Übertragung der Rechte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, die Vorteile des Artikels 12 zu nutzen, ohne dass für den betreffenden Geschäftsvorgang ein angemessener wirtschaftlicher Grund bestand.

(3) Führen die vorstehenden Bestimmungen zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander

нем преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не должны истолковываться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- a) проводить административные меры, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) предоставлять информацию, которая в соответствии с законами или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;
- c) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, промышленную, предпринимательскую или профессиональную тайну либо деловую процедуру, или предоставление которой противоречило бы общественному порядку.

Статья 27

Возврат налогов, удерживаемых у источника

1. Если в Договаривающемся Государстве налоги с дивидендов, процентов, лицензионных платежей или иных доходов, получаемых резидентом другого Договаривающегося Государства, взимаются путем удержания (у источника), то право первого упомянутого Государства на производство удержания налога по ставке согласно его национальному законодательству настоящим Соглашением не затрагивается. Налог, взимаемый путем удержания (у источника), по заявлению налогоплательщика подлежит возврату тогда и постольку, когда и поскольку он в силу настоящего Соглашения уменьшается либо отпадает.

2. Заявления на налоговый возврат подаются до истечения третьего года, следующего за календарным годом, в котором устанавливаются налоги, удерживаемые у источника с дивидендов, процентов, лицензионных платежей или иных доходов.

3. Договаривающееся Государство, в котором возникли доходы, может потребовать от заявителя подтверждения компетентного органа о его резидентстве в другом Договаривающемся Государстве.

4. Компетентные органы по взаимному согласию могут урегулировать осуществление настоящей статьи и, по необходимости, устанавливать иные процедуры по реализации налоговых снижений или освобождений, предусмотренных настоящим Соглашением.

Статья 28

Применение Соглашения в особых случаях

1. Настоящее Соглашение нельзя истолковывать, будто оно препятствует применению Договаривающимся Государством его национальных правовых актов по предотвращению ухода от налогообложения или уклонения от уплаты налогов.

2. Установленные в пункте 2 статьи 12 настоящего Соглашения предельные налоговые ставки не будут применяться, если главная цель одного из действующих лиц направлена на использование выгод, предусмотренных в статье 12 настоящего Соглашения, путем обоснования и передачи прав, за которые выплачиваются лицензионные платежи, хотя для соответствующей операции не имеется никаких адекватных экономических оснований.

3. Если вышеизложенные положения настоящей статьи ведут к двойному налогообложению, то компетентные

nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 29

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 30

Nebenurkunden

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil des Abkommens.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Taschkent ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres gezahlt werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Jahres erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 24. November 1981 der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan außer Kraft

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres gezahlt werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Jahres erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 32

Kündigung

Dieses Abkommen ist auf unbestimmte Zeit geschlossen, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

organe в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения вступают во взаимные консультации о методах избежания такого двойного налогообложения.

Статья 29

Сотрудники дипломатических представительств и консульских учреждений

Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых сотрудникам дипломатических представительств и консульских учреждений, а также международных организаций в соответствии с общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

Статья 30

Дополнительные документы

Прилагаемый Протокол является неотъемлемой частью настоящего Соглашения.

Статья 31

Вступление в силу

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами состоится в г. Ташкенте в возможно короткие сроки.

2. Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами и его положения будут применяться в обоих Договаривающихся Государствах:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором Соглашение вступило в силу.

3. С вступлением настоящего Соглашения в силу в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан Соглашение Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик об избежании двойного налогообложения доходов и имущества, подписанное 24 ноября 1981 года, утрачивает силу:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов с дивидендов, процентов и лицензионных платежей – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступило в силу;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступило в силу.

Статья 32

Прекращение действия

Настоящее Соглашение заключается на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года; в таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

Geschehen zu Berlin am 7. September 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher, usbekischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des usbekischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Совершено в г. Берлине 7 сентября 1999 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, узбекском и русском языках, причем все тексты являются аутентичными. При различном толковании немецкого и узбекского текстов текст на русском языке будет считаться определяющим.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Günter Verheugen

Für die Republik Usbekistan
За Республику Узбекистан
Abdulasis Kamilow

Protokoll
zum Abkommen vom 7. September 1999
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Протокол
к Соглашению
между Федеративной Республикой Германия
и Республикой Узбекистан
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество
от 7 сентября 1999 года

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende in diesem Protokoll – das Bestandteil des genannten Abkommens ist – enthaltene Bestimmungen vereinbart:

В связи с подписанием Соглашения между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество надлежащим образом уполномоченные на то лица согласовали далее нижеследующие положения, включенные в настоящий Протокол, который является неотъемлемой частью Соглашения:

(1) Zu Artikel 7:

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage der Vergütung ermittelt, die der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist.
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.
- d) Kein Abzug wird für Beträge zugelassen, die von der Betriebsstätte (außer zur Erstattung tatsächlicher Ausgaben) an das Stammhaus oder an eine andere Betriebsstätte dieses Unternehmens gezahlt werden oder der Betriebsstätte vom Stammhaus oder von einer anderen Betriebsstätte dieses Unternehmens in Rechnung gestellt werden in Form von
 - aa) Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen für die Nutzung von Patenten oder anderen Rechten,

1. К статье 7

- a) Если предприятие Договаривающегося Государства продает изделия или товары через постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве или осуществляет в нем предпринимательскую деятельность, то суммы прибыли данного постоянного учреждения не исчисляются на основе вырученной предприятием при этом совокупной суммы, а лишь на основе того вознаграждения, которое может быть отнесено к фактической продажной или коммерческой деятельности постоянного учреждения.
- b) Если предприятие имеет постоянное учреждение в другом Договаривающемся Государстве, то суммы прибыли данного постоянного учреждения, полученные либо в связи с контрактами, в частности о проектировании, поставке, монтаже или строительстве промышленного, коммерческого или научного оборудования или объекта, либо в связи с государственными заказами, не исчисляются на основе совокупной цены контракта, а лишь на основе той части контракта, которая фактически выполняется постоянным учреждением в том Договаривающемся Государстве, в котором оно расположено. Суммы прибыли от поставки товаров постоянному учреждению или суммы прибыли в связи с той частью контракта, которая выполняется в том Договаривающемся Государстве, в котором находится местонахождение головного подразделения предприятия, могут облагаться налогом только в этом Государстве.
- c) Вознаграждения за технические услуги, включая аналитические разработки или проекты научного, геологического либо технического характера, за контракты о конструкции, включая принадлежащие к ним чертежи, или за деятельность по консультированию или контролю считаются вознаграждениями, к которым применяются положения статьи 7 или статьи 14 Соглашения.
- d) Не допускается вычет сумм (за исключением сумм возмещения фактических расходов), которые постоянным учреждением выплачиваются головному подразделению или другому постоянному учреждению данного предприятия или которые головным подразделением или другим постоянным учреждением этого предприятия начисляются постоянному учреждению в виде:
 - aa) лицензионных платежей и других вознаграждений за пользование патентами или прочими правами,

- bb) Vergütungen für besondere Dienstleistungen oder Managementleistungen oder
- cc) Zinsen für ein der Betriebsstätte gewährtes Darlehen, sofern es sich nicht um Bankinstitute handelt.

(2) Zu den Artikeln 7 und 9:

Es gilt als vereinbart, dass Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, an der eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person beteiligt ist, unabhängig davon, ob diese Zinsen an eine Bank oder eine andere Person gezahlt werden, und unabhängig von der Laufzeit des Darlehens bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns dieser Gesellschaft im erstgenannten Staat vollständig abzugsfähig sind. Dieser Abzug darf aber nicht den Betrag übersteigen, den unabhängige Unternehmen miteinander unter vergleichbaren Umständen vereinbaren würden. Die vorstehenden Regelungen gelten auch für Zinsen, die von einer Betriebsstätte gezahlt werden.

(3) Zu Artikel 10:

Auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland umfasst der Ausdruck „Dividenden“ auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können Einkünfte, die aus einem Vertragsstaat stammen, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter, der Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) beruhen und
- b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners dieser Einkünfte abzugsfähig sind.

(5) Zu Artikel 19:

- a) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind;
- b) Absatz 1 gilt entsprechend für Zahlungen von dem oder für das Goethe-Institut und – nach Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden – ähnlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Werden diese Zahlungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht besteuert, so gilt Artikel 15.

(6) Zu Artikel 26:

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die

bb) вознаграждений за оказание специальных услуг или услуг по менеджменту либо

cc) процентов за кредиты (займы), предоставленные постоянному учреждению, в тех случаях, когда речь не идет о банковских организациях.

2. К статьям 7 и 9

Считается согласованным, что суммы процентов, которые выплачивает компания, являющаяся резидентом Договаривающегося Государства и в которой участвует резидент другого Договаривающегося Государства, полностью подлежат вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этой компании в первом упомянутом Государстве, независимо от того, выплачиваются ли эти суммы процентов банку или другому лицу, и независимо от срока действия кредита (займа). Такой вычет, однако, не может превышать сумм, которые согласовывались бы независимыми предпринятиями при сопоставимых условиях. Предыдущие положения также распространяются на суммы процентов, выплачиваемые постоянным учреждением.

3. К статье 10

Для целей налогообложения в Федеративной Республике Германия термин „дивиденды“ включает также доходы негласного участника от его участия в качестве такового и суммы распределения прибыли по сертификатам инвестиционных фондов.

4. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения указанных статей, доходы, возникшие в Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в соответствии с законодательством этого Государства, если они:

- a) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли (применительно к Федеративной Республике Германия включая доходы негласного участника, получаемые им от долевого участия как такового, доходы от кредитов (займов), наделенных правом на участие в прибыли, а также облигаций с правом на участие в прибыли), и
- b) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика этих доходов.

5. К статье 19

- a) Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках программы технической помощи Договаривающегося Государства или его территориально-административных образований за счет средств, выделяемых исключительно этим Государством или этими территориально-административными образованиями, специалистам или добровольным помощникам, направленным в другое Договаривающееся Государство с его согласия.
- b) Положения пункта 1 настоящей статьи применяются соответственно к выплатам со стороны или от имени Института им. Гете и, по договоренности между компетентными органами, аналогичных учреждений Федеративной Республики Германия. Если указанные выплаты не облагаются налогом в Федеративной Республике Германия, то действуют положения статьи 15 Соглашения.

6. К статье 26

Если на основании Соглашения в соответствии с национальным законодательством передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых актов каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения.

- a) Использование сведений принимающим учреждением допускается только в указанных целях и только в соот-

- übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- ветствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением.
- b) Принимающее учреждение ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе об использовании переданных сведений и полученных с их помощью результатах.
- c) Сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения.
- d) Передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы недостоверные сведения или сведения, не подлежавшие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить принимающее учреждение. Оно обязано производить их исправление или уничтожение.
- e) По заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его сведений, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не является обязательной, если анализ показывает, что государственная заинтересованность отказывать в выдаче справки превалирует над заинтересованностью упомянутого лица в ее получении. В остальном права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка.
- f) Если кому-либо противоправно причиняется ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по Соглашению, ответственность перед ним в этой связи несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим учреждением.
- g) Если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это принимающему учреждению. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они больше не требуются для целей, для которых они были переданы.
- h) Передающее и принимающее учреждения обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц.
- i) Передающее и принимающее учреждения обязаны охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

(7) Zu Artikel 27:

Jeder Vertragsstaat wird Verfahren dafür schaffen, dass Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, die nach Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 2 und 3 und Artikel 12 Absatz 2 im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen können, der im jeweiligen Artikel vorgesehen ist.

7. К статье 27

Каждое Договаривающееся Государство разработает процедуры, обеспечивающие выплату дивидендов, процентов и лицензионных платежей, которые согласно положениям пункта 2 статьи 10, пунктов 2 и 3 статьи 11 и пункта 2 статьи 12 Соглашения в Государстве-источнике не подлежат налогообложению либо подлежат сниженному налогообложению, без удержания суммы налога либо с удержанием только суммы налога, предусмотренной в соответствующей вышеуказанной статье.

**Verordnung
zur Verlängerung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 1993**

Vom 11. Oktober 2001

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 9. Mai 1996 zu dem Internationalen Kakao-Übereinkommen von 1993 (BGBl. 1996 II S. 770) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Der am 9. Juli 2001 vom Internationalen Kakaorat gefasste Beschluss zur Verlängerung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 1993 um zwei Jahre bis zum 30. September 2003 wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Beschluss wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2001 in Kraft. Sie tritt mit dem Inkrafttreten des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2001, spätestens jedoch am 30. September 2003, außer Kraft.

Berlin, den 11. Oktober 2001

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Renate Künast

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Beschluss
des Internationalen Kakaorates vom 9. Juli 2001 über die
Verlängerung des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 1993

(Übersetzung)

The International Cocoa Council,

Having noted the oral reports of the Executive Director regarding the United Nations Cocoa Conference 2000 during the sixty-third regular session of the Council held from 2 to 6 April 2001;

Observing that the new International Cocoa Agreement is scheduled to enter into force on 1 January 2002 or any time thereafter;

Observing further that, in accordance with the provisions of Article 61, there remains one last possibility of extending the 1993 Agreement;

Decides

To extend the International Cocoa Agreement, 1993, for a period of up to two years, in accordance with the provisions of Article 61. However, as soon as the conditions for entry into force are met, in accordance with its Article 58, the International Cocoa Agreement, 2001, will enter into force, thus terminating the period of extension of the International Cocoa Agreement, 1993;

To request the Executive Director to transmit the present decision to the Secretary-General of the United Nations who acts as depositary of the International Cocoa Agreement.

Le Conseil international du cacao,

Ayant pris note des rapports verbaux du Directeur exécutif concernant la Conférence 2000 des Nations unies sur le cacao durant la soixante-troisième session ordinaire du Conseil qui s'est tenue du 2 au 6 avril 2001;

Ayant constaté que le nouvel Accord international sur le cacao doit entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2002 ou à n'importe quelle date par la suite;

Sachant également que, conformément aux dispositions de l'article 61, une dernière possibilité de proroger l'Accord de 1993 demeure;

Décide:

De proroger l'Accord international de 1993 sur le cacao pendant une période pouvant aller jusqu'à deux ans, conformément aux dispositions de l'article 61. Cependant, dès que les conditions d'entrée en vigueur seront remplies conformément à son article 58, l'Accord international de 2001 sur le cacao entrera en application, terminant ainsi la période de prorogation de l'Accord international de 1993 sur le cacao;

De demander au Directeur exécutif de transmettre la présente décision au Secrétaire général des Nations unies qui agit en tant que dépositaire de l'Accord international sur le cacao.

Der Internationale Kakaorat –

nach Kenntnisnahme der mündlichen Berichte des Exekutivdirektors über die Kakaokonferenz der Vereinten Nationen von 2000 während der dreiundsechzigsten ordentlichen Tagung des Rates vom 2. bis 6. April 2001;

in Anbetracht der Tatsache, dass das neue Internationale Kakao-Übereinkommen am 1. Januar 2002 oder zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten soll;

ferner in Anbetracht der Tatsache, dass es nach Artikel 61 eine letzte Möglichkeit zur Verlängerung des Übereinkommens von 1993 gibt –

beschließt,

das Internationale Kakao-Übereinkommen von 1993 nach Artikel 61 für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren zu verlängern. Sobald jedoch die Bedingungen für das Inkrafttreten des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2001 nach Artikel 58 erfüllt sind, wird es in Kraft treten und so den Zeitraum beenden, um den das Internationale Kakao-Übereinkommen von 1993 verlängert wurde;

den Exekutivdirektor zu ersuchen, diesen Beschluss dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als Verwahrer des Internationalen Kakao-Übereinkommens zu übermitteln.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 21. August 2001

I.

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) ist nach seinem Artikel 39 Abs. 5 im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu

Bulgarien am 30. April 2001
nach Maßgabe des nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde
eingelegten Vorbehalts und der Erklärungen

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

“Reservation on Article 33

The Republic of Bulgaria excludes the application within its territory of the provisions of:

- Article 4, paragraph 2;
- Articles 16, 17, 18 and 19 of Chapter II of the Convention.

Declaration on Articles 2 and 8

The Republic of Bulgaria designates as Central Authority the Ministry of Justice and European Legal Integration, which is also the competent authority under Article 8.

Declaration on Article 8

Representatives of the judicial authority of the requesting State may be present at the execution of Letters of Request after prior consent of the competent Bulgarian authority.

Declaration on Article 11, paragraph 2

The judge who executes a Letter of Request is competent to recognize the privileges and duties to refuse to give evidence existing under the law of a third State provided that the Letter of Request contains information about the privileges and duties to refuse to give evidence under the law of that third State necessary to the application of Article 11, paragraph 2.

Declaration on Article 23

The Republic of Bulgaria declares that it will not execute Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents as known in Common Law countries.”

„Vorbehalt zu Artikel 33:

Die Republik Bulgarien schließt in ihrem Hoheitsgebiet die Anwendung

- des Artikels 4 Absatz 2 und
 - des Kapitels II Artikel 16, 17, 18 und 19 des Übereinkommens
- aus.

Erklärung zu den Artikeln 2 und 8:

Die Republik Bulgarien bestimmt als Zentrale Behörde das Ministerium für Justiz und europäische Rechtsintegration, welches auch die zuständige Behörde nach Artikel 8 ist.

Erklärung zu Artikel 8:

Vertreter der gerichtlichen Behörde des ersuchenden Staates können nach vorheriger Zustimmung der zuständigen bulgarischen Behörde bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen anwesend sein.

Erklärung zu Artikel 11 Absatz 2:

Der Richter, der ein Rechtshilfeersuchen erledigt, ist befugt, Aussageverweigerungsrechte und Aussageverbote anzuerkennen, die nach dem Recht eines Drittstaats bestehen, sofern das Rechtshilfeersuchen Angaben zu den Aussageverweigerungsrechten und Aussageverboten nach dem Recht dieses Drittstaats enthält, die für die Anwendung des Artikels 11 Absatz 2 erforderlich sind.

Erklärung zu Artikel 23:

Die Republik Bulgarien erklärt, dass sie Rechtshilfeersuchen nicht erledigt, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des ‚Common Law‘ unter der Bezeichnung ‚pre-trial discovery of documents‘ bekannt ist.“

Portugal hat dem Verwahrer am 15. Oktober 1999 die Erstreckung des Geltungsbereichs des Übereinkommens auf Macau mit Wirkung vom 14. Dezember 1999 nach Maßgabe der nachstehenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>„a) In conformity with the provisions of Article 4 of the Convention, only Letters of Request in Portuguese, Chinese and English shall be accepted in Macau;</p> <p>b) With the exception of Article 15, Chapter II of the Convention shall not be applicable in the territory of Macau;</p> <p>c) In conformity with the provisions of Article 15 of the Convention, the Republic of Portugal declares that evidence referred to in that same article may not be taken in Macau if permission to that effect has not been given by an appropriate authority, to be designated by the appropriate bodies of the territory, upon application made by a diplomatic officer or consular agent;</p> <p>d) In conformity with the provisions of Article 23 of the Convention, the Republic of Portugal declares that the Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents as known in Common Law countries will not be executed in Macau.”</p> | <p>„a) In Übereinstimmung mit Artikel 4 des Übereinkommens werden Rechtshilfeersuchen in Macau nur entgegengenommen, wenn sie in portugiesischer, chinesischer oder englischer Sprache abgefasst sind.</p> <p>b) Mit Ausnahme des Artikels 15 ist Kapitel II des Übereinkommens nicht im Hoheitsgebiet von Macau anwendbar.</p> <p>c) In Übereinstimmung mit Artikel 15 des Übereinkommens erklärt die Portugiesische Republik, dass der in dem genannten Artikel bezeichnete Beweis in Macau nicht aufgenommen werden darf, wenn die von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter beantragte Genehmigung einer durch die zuständigen Stellen des Hoheitsgebietes bestimmten zuständigen Behörde nicht vorliegt.</p> <p>d) In Übereinstimmung mit Artikel 23 des Übereinkommens erklärt die Portugiesische Republik, dass Rechtshilfeersuchen, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des ‚Common Law‘ unter der Bezeichnung ‚pre-trial discovery of documents‘ bekannt ist, in Macau nicht erledigt werden.“</p> |
|---|---|

China hat dem Verwahrer die Anwendung des Übereinkommens auf die Sonderverwaltungsregion Macau nach dem Übergang der Souveränitätsrechte auf China mit Wirkung vom 20. Dezember 1999 nach Maßgabe der nachstehenden Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

- | | |
|---|--|
| <p>“1. In accordance with Article 24 of the Convention, it designates the Procuratorate of the Macao Special Administrative Region as the Other Authority in the Macao Special Administrative Region, which will undertake to receive Letters of Request coming from a judicial authority of another Contracting State and to transmit them to the authority competent to execute them.</p> <p>The address of the Procuratorate of the Macao Special Administrative Region is:</p> <p>Alameda Dr. Carlos d’Assumpcao
Macao SAR of the People’s Republic of China Chief Executive Administrative Building
NAPE
Macao</p> <p>2. In accordance with Article 23 of the Convention, it declares that the Macao Special Administrative Region will not execute Letters of Request issued for the purpose of obtaining pre-trial discovery of documents known in Common Law countries.</p> | <p>„1. Nach Artikel 24 des Übereinkommens bestimmt [China] die Staatsanwaltschaft der Sonderverwaltungsregion Macau als weitere Behörde in der Sonderverwaltungsregion Macau, die von einer gerichtlichen Behörde eines anderen Vertragsstaats ausgehende Rechtshilfeersuchen entgegennimmt und sie der zuständigen Behörde zur Erledigung zuleitet.</p> <p>Die Anschrift der Staatsanwaltschaft der Sonderverwaltungsregion Macau lautet wie folgt:</p> <p>Alameda Dr. Carlos d’Assumpcao
Macao SAR of the People’s Republic of China Chief Executive Administrative Building
NAPE
Macao</p> <p>2. Nach Artikel 23 des Übereinkommens erklärt [China], dass die Sonderverwaltungsregion Macau Rechtshilfeersuchen nicht erledigt, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des ‚Common Law‘ unter der Bezeichnung ‚pre-trial discovery of documents‘ bekannt ist.</p> |
|---|--|

3. In accordance with Article 33 of the Convention, it declares that the provisions of Chapter II of the Convention except for Article 15 will not be applicable in the Macao Special Administrative Region; paragraph 2 of Article 4 of the Convention will not be applicable in the Macao Special Administrative Region.
- The Government of the People's Republic of China shall assume the responsibility for the international rights and obligations arising from the application of the Convention to the Macao Special Administrative Region.
4. In accordance with paragraph 3 of Article 4 of the Convention, it declares that the Macao Special Administrative Region will only accept Letters of Request in either Chinese or Portuguese, or those accompanied by a translation in either Chinese or Portuguese."
3. Nach Artikel 33 des Übereinkommens erklärt [China], dass Kapitel II des Übereinkommens mit Ausnahme des Artikels 15 in der Sonderverwaltungsregion Macau nicht anwendbar ist; Artikel 4 Absatz 2 des Übereinkommens ist in der Sonderverwaltungsregion Macau nicht anwendbar.
- Die Regierung der Volksrepublik China übernimmt die Verantwortung für die völkerrechtlichen Rechte und Pflichten, die sich aus der Anwendung des Übereinkommens auf die Sonderverwaltungsregion Macau ergeben.
4. Nach Artikel 4 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt [China], dass die Sonderverwaltungsregion Macau nur in chinesischer oder portugiesischer Sprache abgefasste oder von einer Übersetzung in die chinesische oder portugiesische Sprache begleitete Rechtshilfeersuchen entgegennimmt."

II.

Folgende Staaten haben der Regierung der Niederlande als dem Verwahrer eine Änderung zur Zentralen Behörde notifiziert:

Deutschland für die Länder Baden-Württemberg und Sachsen:

„Präsident des Amtsgerichts Freiburg
79095 Freiburg
(Besucheranschrift: Holzmarkt 2,
79098 Freiburg)
Telefon: 07 61/2 05-0
Fax: 07 61/2 05-18 00

Präsident des Oberlandesgerichts Dresden
Postfach 12 07 32
01008 Dresden“.

Schweden:

(Übersetzung)

“Ministry of Justice
Division for Criminal Cases and
International Judicial Co-operation
Central Authority
S-103 33 Stockholm
Sweden
Telephone: +46 8 405 45 00 (Secretariat)
Fax: +46 8 405 46 76
E-mail: birs@justice.ministry.se”.

„Justizministerium
Referat für Strafsachen und
internationale gerichtliche Zusammenarbeit
Zentrale Behörde
S-103 33 Stockholm
Schweden
Telefon: +46 8 405 45 00 (Sekretariat)
Fax: +46 8 405 46 76
E-mail: birs@justice.ministry.se“.

Die Schweiz für die nachstehenden Kantone:

„Aargau (AG):
Obergericht des Kantons Aargau
Obere Vorstadt 40
5000 Aargau
Tel.: ++41628353850
Fax: ++41628353949
Amtssprache: Deutsch

Appenzell Ausserrhoden (AR):
Kantonsgesicht Appenzell A. Rh.
9043 Trogen
Tel.: ++41713436399
Fax: ++41713436401
Amtssprache: Deutsch

Appenzell Innerrhoden (AI):
Kantonsgesicht Appenzell i.R.
9050 Appenzell
Tel.: ++41717889551
Fax: ++41717889554
Amtssprache: Deutsch

Basel-Landschaft (BL):
Obergericht des Kantons Basel-Landschaft
4410 Liestal
Tel.: ++41619255111
Fax: ++41619256964
Amtssprache: Deutsch

Basel-Stadt (BS):

Appellationsgericht Basel-Stadt
4051 Basel
Tel.: ++41612678181
Fax: ++41612676315
Amtssprache: Deutsch

Bern (BE):

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
des Kantons Bern
Münstergasse 2
3011 Bern
Tel.: ++41316337676
Fax: ++41316337626
Amtssprache: Deutsch/Französisch

Fribourg (FR):

Tribunal cantonal (Kantonsgericht)
1700 Fribourg
Tel.: ++41263053910
Fax: ++41263053919
Amtssprache: Französisch/Deutsch

Genève (GE):

Parquet du Procureur général
(Generalstaatsanwaltschaft)
1211 Genève 3
Tel.: ++41223192797
Fax: ++41227814365
Amtssprache: Französisch

Glarus (GL):

Obergericht des Kantons Glarus
8750 Glarus
Tel.: ++41556452525
Fax: ++41556452500
Amtssprache: Deutsch

Graubünden (GR):

Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement
Graubünden
7001 Chur
Tel.: ++41812572121
Fax: ++41812572166
Amtssprache: Deutsch

Jura (JU):

Département de la Justice
(Justizdepartement)
Service juridique (Justizdienst)
2800 Delémont
Tel.: ++41324215111
Fax: ++41324215555
Amtssprache: Französisch

Luzern (LU):

Obergericht des Kantons Luzern
6002 Luzern
Tel.: ++41412286262
Fax: ++41412286264
Amtssprache: Deutsch

Neuchâtel (NE):

Département de la justice, de la santé et de
la sécurité (Justiz-, Sanitäts- und Polizeide-
partement)
service de la justice (Justizdienst)
Château
2001 Neuchâtel
Tel.: ++41328894110
Fax: ++41328896064
Amtssprache: Französisch

Nidwalden (NW):

Kantonsgericht Nidwalden
6370 Stans
Tel.: ++41416187950
Fax: ++41416187963
Amtssprache: Deutsch

Obwalden (OW)

Kantonsgericht Obwalden
Postfach 1260
6061 Sarnen
Tel.: ++41416666222
Fax: ++41416608286
Amtssprache: Deutsch

Schaffhausen (SH):

Obergericht des Kantons Schaffhausen
Postfach 568
8201 Schaffhausen
Tel.: ++41526327422
Fax: ++41526367836
Amtssprache: Deutsch

Schwyz (SZ):

Kantonsgericht Schwyz
6430 Schwyz
Tel.: ++41418191124
Fax: –
Amtssprache: Deutsch

Solothurn (SO):

Obergericht des Kantons Solothurn
4500 Solothurn
Tel.: ++41326277311
Fax: ++41326272298
Amtssprache: Deutsch

St. Gallen (SG):

Kantonsgericht St. Gallen
Klosterhof 1
9001 St. Gallen
Tel.: ++41712293898
Fax: ++41712293787
Amtssprache: Deutsch

Thurgau (TG):

Obergericht des Kantons Thurgau
8500 Frauenfeld
Tel.: ++41527223121
Fax: ++41527223125
Amtssprache: Deutsch

Ticino (TI):

Tribunale di appello (Appellationsgericht)
6901 Lugano
Tel.: ++41918045111
Fax: ++41918045478
Amtssprache: Italienisch

Uri (UR):

Gerichtskanzlei Uri
6460 Altdorf
Tel.: ++41418752244
Fax: ++41418752277
Amtssprache: Deutsch

Valais (VS):

Tribunal cantonal (Kantonsgericht)
1950 Sion
Tel.: ++41273229393
Fax: ++41273226351
Amtssprache: Französisch/Deutsch

Vaud (VD):

Tribunal cantonal (Kantonsgericht)
1014 Lausanne
Tel.: ++41213161511
Fax: ++41213161328
Amtssprache: Französisch

Zug (ZG):

Obergericht des Kantons Zug
Rechtshilfe
6300 Zug
Tel.: ++41417283154
Fax: ++41417283144
Amtssprache: Deutsch

Zürich (ZH):

Obergericht des Kantons Zürich
Rechtshilfe
8023 Zürich
Tel.: ++4112579191
Fax: ++4112611292
Amtssprache: Deutsch“.

Das Vereinigte Königreich für Schottland:

(Übersetzung)

“The Scottish Executive
Justice Department
Civil Justice & International Division
Hayweight House
23 Lauriston Street
Edinburgh EH3 9DQ
Scotland”.

„Justizministerium Schottlands
Referat für Zivilsachen und internationale
Angelegenheiten
Hayweight House
23 Lauriston Street
Edinburgh EH3 9DQ
Schottland“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. August 1999 (BGBl. II S. 788).

Berlin, den 21. August 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
des deutsch-nicaraguanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 22. August 2001

Das in Managua am 22. Mai 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Sanierung des Managua-Sees/Komponente Kläranlage“, 1995, 1996, 1997) ist nach seinem Artikel 5

am 22. Mai 2001

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. August 2001

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Nicaragua
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Sanierung des Managua-Sees/Komponente Kläranlage“, 1995, 1996, 1997)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Nicaragua –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Nicaragua beizutragen,

unter Bezugnahme auf die vom 14. bis 16. August 1995, 6. bis 10. Juli 1996, 19. bis 21. August 1997 sowie die vom 31. Oktober bis 2. November 2000 geführten Regierungsverhandlungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Nicaragua, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge für das Vorhaben „Sanierung des Managua-Sees/Komponente Kläranlage“ zu erhalten:

1. ein Darlehen bis zu insgesamt 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 7 669 378,22),
2. einen Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 25 000 000,- DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro 12 782 297,03).

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung

im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Nicaragua zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens sowie der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für den Teilbetrag des Finanzierungsbeitrags in Höhe von 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 5 112 918,81) endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2004, für den Teilbetrag des Finanzierungsbeitrags in Höhe von 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark;

nachrichtlich in Euro: 7 669 378,22) endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2005.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Nicaragua stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Nicaragua erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Nicaragua überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Managua am 22. Mai 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
H. Petersmann

Für die Regierung der Republik Nicaragua
Aguirre Sacasa

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Zusatzprotokolle zu den vier Genfer Rotkreuz-Abkommen über den Schutz der Opfer internationaler und nicht internationaler bewaffneter Konflikte – Protokolle I und II –

Vom 24. August 2001

I.

Das Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte – Protokoll I – (BGBl. 1990 II 1550, 1551; 1997 II S. 1366) ist nach seinem Artikel 95 Abs. 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Irland	am 19. November 1999
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen und Vorbehalte	
Kenia	am 23. August 1999
Litauen	am 13. Januar 2001
Monaco	am 7. Juli 2000
Nicaragua	am 19. Januar 2000.

II.

Irland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärungen und Vorbehalte zum Zusatzprotokoll über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte – Protokoll I – notifiziert:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>“1. Ireland, in ratifying Protocol I Additional to the Geneva Conventions of 1949 adopted at Geneva on 8 June 1977, declares its belief that the provisions of this Protocol represent the minimum level of legal and actual protection bound to be afforded to persons and civilian and cultural objects in armed conflicts.</p> | <p>„1. Irland erklärt bei der Ratifikation des am 8. Juni 1977 in Genf angenommenen Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen von 1949, dass das genannte Protokoll seiner Ansicht nach das Mindestmaß an rechtlichem und tatsächlichem Schutz bietet, der Personen, zivilen Objekten und Kulturgut in bewaffneten Konflikten zu gewähren ist.</p> |
| <p>2. Article 11
For the purposes of investigating any breach of the Geneva Conventions of 1949 or of the Protocols Additional to the Geneva Conventions of 1949 adopted at Geneva on 8 June 1977, Ireland reserves the right to take samples of blood, tissue, saliva or other bodily fluids for DNA comparisons from a person who is detained, interned or otherwise deprived of liberty as a result of a situation referred to in Article 1, in accordance with Irish law and normal Irish medical practice, standards and ethics.</p> | <p>2. Artikel 11
Für die Zwecke der Untersuchung von Verletzungen der Genfer Abkommen von 1949 oder der am 8. Juni 1977 in Genf angenommenen Zusatzprotokolle behält sich Irland das Recht vor, in Übereinstimmung mit irischem Recht, den in Irland üblichen medizinischen Gepflogenheiten und Grundsätzen sowie dem dort geltenden ärztlichen Ehrenkodex für DNA-Vergleiche Blut-, Gewebe- oder Speichelproben oder Proben sonstiger Körperflüssigkeiten von einer Person zu nehmen, die infolge einer in Artikel 1 genannten Situation in Haft gehalten wird oder interniert ist oder der anderweitig die Freiheit entzogen ist.</p> |
| <p>3. Article 11 paragraph 2 (c)
Ireland declares that nothing in Article 11 paragraph 2 (c) shall prohibit the donation of tissue, bone marrow or of an organ from a person who is detained, interned or otherwise deprived of liberty as a result of a situation referred to in Article 2 to a close relative who requires a donation of tissue, bone marrow or an organ from such a person for medical reasons, so long as the removal of tissue, bone marrow or organs for transplantation is in accordance with Irish law and the operation is carried out in accordance with normal Irish medical practice, standards and ethics.</p> | <p>3. Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe c
Irland erklärt, dass durch Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe c nicht die Spende von Gewebe, Knochenmark oder von einem Organ einer Person, die infolge einer in Artikel 2 genannten Situation in Haft gehalten wird oder interniert ist oder der anderweitig die Freiheit entzogen ist, an einen nahen Verwandten verboten wird, der aus medizinischen Gründen eine Gewebe-, Knochenmarks- oder Organspende von dieser Person benötigt, sofern die Entfernung von Gewebe, Knochenmark oder Organen für Übertragungen im Einklang mit irischem Recht erfolgt und die Operation nach den in Irland üblichen medizinischen Gepflogenheiten und Grundsätzen sowie dem dort geltenden ärztlichen Ehrenkodex durchgeführt wird.</p> |
| <p>4. Article 28 paragraph 2
Given the practical need to make use of non-dedicated aircraft for medical evacuation purposes, Ireland does not interpret this paragraph as precluding the presence on board of communication equipment and encryption materials or the use thereof solely to facilitate navigation, identification or communication in support of medical transportation as defined in Article 8 (f).</p> | <p>4. Artikel 28 Absatz 2
Wegen der praktischen Notwendigkeit, nicht zweckgebundene Luftfahrzeuge zur Evakuierung aus medizinischen Gründen zu nutzen, legt Irland diesen Absatz nicht so aus, als schließe er das Vorhandensein und den Gebrauch von nachrichtentechnischer Ausrüstung und Verschlüsselungsgerät an Bord allein zu dem Zweck, die Navigation, die Kennzeichnung oder den Nachrichtenverkehr zur Unterstützung des Sanitätstransports im Sinne des Artikels 8 Buchstabe f zu erleichtern, aus.</p> |

5. Article 35

Ireland accepts, as stated in Article 35 paragraph 1, that the right of Parties to the conflict to choose methods or means of warfare is not unlimited. In view of the potentially destructive effect of nuclear weapons, Ireland declares that nuclear weapons, even if not directly governed by Additional Protocol I, remain subject to existing rules of international law as confirmed in 1996 by the International Court of Justice in its Advisory Opinion on the Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons.

6. Articles 41, 56, 57, 58, 78 and 86

It is the understanding of Ireland that in relation to Article 41, 56, 57, 58, 78 and 86 the word "feasible" means that which is practicable or practically possible, taking into account all circumstances at the time, including humanitarian and military considerations.

7. Article 44

It is the understanding of Ireland that:

- a. The situation described in the second sentence of paragraph 3 of Article 44 can exist only in occupied territory or in armed conflicts covered by paragraph 4 of Article 1; and
- b. The word "deployment" in paragraph 3 of Article 44 includes any movement towards a place from which an attack is to be launched.

8. Article 47

It is the understanding of Ireland that Article 47 in no way prejudices the application of Articles 45 (3) and 75 of Protocol I to mercenaries as defined in this Article.

9. Articles 51 to 58

In relation to Articles 51 to 58 inclusive, it is the understanding of Ireland that military commanders and others responsible for planning, deciding upon, or executing attacks necessarily have to reach decisions on the basis of their assessment of the information from all sources which is reasonably available to them at the relevant time.

10. Article 53

It is the understanding of Ireland in relation to the protection of cultural objects in Article 53 that if the objects protected by this Article are unlawfully used for military purposes they will thereby lose protection from attacks

5. Artikel 35

Irland erkennt an, dass, wie in Artikel 35 Absatz 1 festgelegt, das Recht der am Konflikt beteiligten Parteien in der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegführung nicht unbeschränkt ist. Im Hinblick auf die potentiell zerstörerischen Auswirkungen von Kernwaffen erklärt Irland, dass Kernwaffen, auch wenn sie nicht unmittelbar vom Zusatzprotokoll I erfasst werden, auch weiterhin – wie 1996 vom Internationalen Gerichtshof in seinem Gutachten über die Rechtmäßigkeit der Androhung oder des Einsatzes von Kernwaffen bestätigt – den geltenden Regeln des Völkerrechts unterliegen.

6. Artikel 41, 56, 57, 58, 78 und 86

Nach Auffassung Irlands bedeuten die Begriffe „praktisch möglich“ und „praktisch durchführbar“ in Bezug auf die Artikel 41, 56, 57, 58, 78 und 86 das, was durchführbar oder praktisch tatsächlich möglich ist, wobei alle in dem entsprechenden Zeitpunkt gegebenen Umstände zu berücksichtigen sind einschließlich humanitärer und militärischer Überlegungen.

7. Artikel 44

Irland vertritt die Auffassung, dass

- a) die in Absatz 3 Satz 2 beschriebene Situation nur in besetztem Gebiet oder bewaffneten Konflikten im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 auftreten kann und
- b) der Begriff „Aufmarsch“ in Absatz 3 jede Bewegung in Richtung auf denjenigen Ort umfasst, von dem aus ein Angriff durchgeführt werden soll.

8. Artikel 47

Irland vertritt die Auffassung, dass Artikel 47 nicht die Anwendung der Artikel 45 Absatz 3 und 75 des Zusatzprotokolls I auf die in dem genannten Artikel näher bestimmten Söldner berührt.

9. Artikel 51 bis 58

In Bezug auf die Artikel 51 bis einschließlich 58 vertritt Irland die Auffassung, dass militärische Führer und andere Personen, die dafür verantwortlich sind, Angriffe zu planen, darüber zu entscheiden und sie durchzuführen, ihre Entscheidungen zwangsläufig auf der Grundlage ihrer Beurteilung der ihnen im gegebenen Zeitpunkt in angemessener Weise zur Verfügung stehenden Informationen aus allen Quellen treffen müssen.

10. Artikel 53

In Bezug auf den Schutz von Kulturgut in Artikel 53 vertritt Irland die Auffassung, dass durch den genannten Artikel geschützte Objekte im Falle unrechtmäßiger Nutzung zu militärischen Zwecken dadurch den Schutz

directed against such unlawful military use.

11. Article 55

In ensuring that care shall be taken in warfare to protect the natural environment against widespread, long-term and severe damage and taking account of the prohibition of the use of methods or means of warfare which are intended or may be expected to cause such damage to the natural environment thereby prejudicing the health or survival of the population, Ireland declares that nuclear weapons, even if not directly governed by Additional Protocol I, remain subject to existing rules of international law as confirmed in 1996 by the International Court of Justice in its Advisory Opinion on the Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons. Ireland will interpret and apply this Article in a way which leads to the best possible protection for the civilian population.

12. Article 62

It is the understanding of Ireland that nothing in Article 62 will prevent Ireland from using assigned civil defence personnel or volunteer civil defence workers in Ireland in accordance with nationally established priorities regardless of the military situation.

13. Article 75 paragraph 4 (e)

Article 75 will be applied in Ireland insofar as paragraph 4 (e) is not incompatible with the power enabling a judge, in exceptional circumstances, to order the removal of an accused from the court who causes a disturbance at the trial.

14. Article 90

Ireland declares that it recognises ipso facto and without special agreement, in relation to any other High Contracting Party accepting the same obligation, the competence of the International Fact-Finding Commission to enquire into allegations by such other Party, as authorised by Article 90 of Protocol I Additional to the Geneva Conventions of 1949. The exercise by the Commission of powers and functions in Ireland shall be in accordance with Irish law.

15. Article 96 paragraph 3

It is the understanding of Ireland that the making of a unilateral declaration does not in itself validate the credentials of the persons making such a declaration and that States are entitled to satisfy themselves as to

vor Angriffen verlieren, die gegen eine solche unrechtmäßige militärische Nutzung gerichtet sind.

11. Artikel 55

Um sicherzustellen, dass bei der Kriegführung darauf geachtet wird, dass die natürliche Umwelt vor ausgedehnten, lang anhaltenden und schweren Schäden geschützt wird, und unter Berücksichtigung des Verbots der Anwendung von Methoden oder Mitteln der Kriegführung, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie derartige Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen und dadurch Gesundheit oder Überleben der Bevölkerung gefährden, erklärt Irland, dass Kernwaffen, auch wenn sie nicht unmittelbar vom Zusatzprotokoll I erfasst werden, auch weiterhin – wie 1996 vom Internationalen Gerichtshof in seinem Gutachten über die Rechtmäßigkeit der Drohung mit Kernwaffen oder ihres Einsatzes bestätigt – den geltenden Regeln des Völkerrechts unterliegen. Irland legt den genannten Artikel in einer Weise aus und wendet ihn so an, dass für die Zivilbevölkerung der bestmögliche Schutz erreicht wird.

12. Artikel 62

Irland vertritt die Auffassung, dass Artikel 62 Irland nicht daran hindert, zugewiesenes Zivilschutzpersonal oder freiwillig im Bereich des Zivilschutzes Tätige in Übereinstimmung mit den innerstaatlich festgelegten Prioritäten ungeachtet der militärischen Situation in Irland einzusetzen.

13. Artikel 75 Absatz 4 Buchstabe e

Artikel 75 findet in Irland Anwendung, soweit Absatz 4 Buchstabe e mit der Befugnis eines Richters, unter außergewöhnlichen Umständen die Entfernung eines Beschuldigten aus dem Gericht anzuordnen, der die Hauptverhandlung stört, vereinbar ist.

14. Artikel 90

Irland erklärt, dass es gegenüber jeder anderen Hohen Vertragspartei, welche dieselbe Verpflichtung übernimmt, die Zuständigkeit der Internationalen Ermittlungskommission zur Untersuchung der Behauptungen einer solchen anderen Partei, wie in Artikel 90 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen von 1949 vorgesehen, von Rechts wegen und ohne besondere Übereinkunft anerkennt. Die Ausübung der Befugnisse und Aufgaben durch die Kommission erfolgt in Irland in Übereinstimmung mit irischem Recht.

15. Artikel 96 Absatz 3

Irland vertritt die Auffassung, dass durch die Abgabe einer einseitigen Erklärung allein nicht die Vollmacht von Personen bestätigt wird, die eine derartige Erklärung abgeben; nach dem Verständnis Irlands sind Staaten

whether in fact the makers of such a declaration constitute an authority referred to in Article 96. In this respect, the fact that such authority has or has not been recognised as such by the UN or an appropriate regional intergovernmental organisation is relevant.”

befugt, sich davon zu überzeugen, ob es sich bei denjenigen, die eine derartige Erklärung abgeben, tatsächlich um ein in Artikel 96 genanntes Organ handelt. Diesbezüglich ist es von Belang, ob ein derartiges Organ von den Vereinten Nationen oder einer zuständigen regionalen zwischenstaatlichen Organisation als solches anerkannt worden ist oder nicht.“

III.

Folgende Staaten haben dem Schweizerischen Bundesrat die Anerkennung der Zuständigkeit der internationalen Ermittlungskommission nach Artikel 90 Abs. 2 des Zusatzprotokolls über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte – Protokoll I - unter der Bedingung der Gegenseitigkeit notifiziert:

Costa Rica	am	9. Dezember 1999
Irland	am	19. Mai 1999
Litauen	am	13. Juli 2000
Panama	am	26. Oktober 1999
Vereinigtes Königreich	am	17. Mai 1999.

IV.

Das Zusatzprotokoll vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler Konflikte – Protokoll II – (BGBl. 1990 II S. 1550, 1637) ist nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Irland	am	19. November 1999
nach Maßgabe der nachstehend abgedruckten, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen Erklärung und des Vorbehalts		
Kenia	am	23. August 1999
Kuba	am	23. Dezember 1999
Litauen	am	13. Januar 2001
Monaco	am	7. Juli 2000
Nicaragua	am	19. Januar 2000.

Irland bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. Mai 1999:

(Übersetzung)

- | | |
|--|--|
| <p>“1. Ireland, in ratifying Protocol II Additional to the Geneva Conventions of 1949 adopted at Geneva on 8 June 1977, declares its belief that the provisions of this Protocol represent the minimum level of legal and actual protection bound to be afforded to persons and civilian and cultural objects in armed conflicts.</p> <p>2. Article 6 paragraph 2 (e)
Article 6 will be applied in Ireland insofar as paragraph 2 (e) is not incompatible with the power enabling a judge, in exceptional circumstances, to order the removal of an accused from the court who causes a disturbance at the trial.”</p> | <p>„1. Irland erklärt bei der Ratifikation des am 8. Juni 1977 in Genf angenommenen Zusatzprotokolls II zu den Genfer Abkommen von 1949, dass das genannte Protokoll seiner Ansicht nach das Mindestmaß an rechtlichem und tatsächlichem Schutz bietet, der Personen, zivilen Objekten und Kulturgut in bewaffneten Konflikten zu gewähren ist.</p> <p>2. Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe e
Artikel 6 findet in Irland Anwendung, soweit Absatz 2 Buchstabe e mit der Befugnis eines Richters, unter außergewöhnlichen Umständen die Entfernung eines Beschuldigten aus dem Gericht anzuordnen, der die Hauptverhandlung stört, vereinbar ist.“</p> |
|--|--|

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. Mai 1999 (BGBl. II S. 599).

Berlin, den 24. August 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
des deutsch-sambischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 31. August 2001

Das in Lusaka/Sambia am 18. Juli 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Ländliche Wasserversorgung Ostprovinz, Phase II“) ist nach seinem Artikel 5

am 18. Juli 2001

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 31. August 2001

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Sambia
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Ländliche Wasserversorgung Ostprovinz, Phase II“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Sambia –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sambia,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Sambia beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Sambia, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Ländliche Wasserversorgung Ostprovinz, Phase II“ einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 22 000 000,- DM (in Worten: zweiundzwanzig Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich 11 248 421,39 Euro) zu erhalten. Die Mittel werden in Höhe von 15 600 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich 7 976 153,35 Euro) der Zusage des Jahres 1999 und in Höhe von 6 400 000,- DM (in Worten: sechs Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich 3 272 268,04 Euro) der Zusage des Jahres 2000 entnommen.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Sambia zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1

genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Satz 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlossen wurde. Für den 1999 zugesagten Betrag endet diese Frist mit Ablauf des Jahres 2007 und für den 2000 zugesagten Betrag mit Ablauf des Jahres 2008.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Sambia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Sambia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Sambia überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lusaka am 18. Juli 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
G. Boner

Für die Regierung der Republik Sambia
Dr. Katele Kalumba

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengestoffen zum Zweck des Aufspürens

Vom 6. September 2001

Das Übereinkommen vom 1. März 1991 über die Markierung von Plastiksprengestoffen zum Zweck des Aufspürens (BGBl. 1998 II S. 2301) ist nach seinem Artikel XIII Abs. 4 für folgende weitere Staaten, die nach Maßgabe des Artikels XIII Abs. 2 erklärt haben, keine Herstellerstaaten zu sein, in Kraft getreten:

Trinidad und Tobago	am	2. Juni 2001
Uruguay	am	13. August 2001.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. März 2001 (BGBl. II S. 338).

Berlin, den 6. September 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen,
wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters
sowie des Protokolls hierzu**

Vom 6. September 2001

I.

Das Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1957 II S. 170) ist nach seinem Artikel X für

Estland am 1. August 2001
in Kraft getreten.

II.

Das Protokoll vom 26. November 1976 zum Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1989 II S. 490) wird nach seinem Teil VIII Abs. 17 Buchstabe b für

Estland am 1. Februar 2002
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 11. Mai 2001 (BGBl. II S. 610) und 3. Juli 2001 (BGBl. II S. 780).

Berlin, den 6. September 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Errichtung des
Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung**

Vom 13. September 2001

Das Übereinkommen vom 13. Juni 1976 zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (BGBl. 1978 II S. 1405) ist nach seinem Artikel 13 Abschnitt 3 Buchstabe b für

Island am 8. August 2001
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. November 1998 (BGBl. II S. 3008).

Berlin, den 13. September 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet
analytischer Tätigkeiten für die in der Bundesrepublik Deutschland
stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind
(Rahmenvereinbarung)**

Vom 14. September 2001

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 29. Juni 2001 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Abs. 5 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 29. Juni 2001

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 14. September 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Berlin, den 29. Juni 2001

Herr Gesandter,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Verbalnote Nummer 866 vom 29. Juni 2001 zu bestätigen, mit der Sie im Namen Ihrer Regierung eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorschlagen. Ihre Note lautet wie folgt:

„Herr Staatssekretär:

Unter Bezugnahme auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika geführten Gespräche habe ich die Ehre, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten versorgen zu können, beabsichtigt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, mit einer Reihe von Unternehmen Verträge über die Erbringung dieser Dienstleistungen (im Folgenden als „analytische Dienstleistungen“ bezeichnet) zu schließen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn die bei diesen Unternehmen tätigen Arbeitnehmer zur Erleichterung ihrer Tätigkeit die Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Absatz 5 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) erhalten könnten. Ich beehre mich deshalb, Ihnen im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 ZA-NTS vorzuschlagen, die Rahmenbedingungen für die Rechtsstellung dieser Unternehmen und der dort beschäftigten Arbeitnehmer sowie ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland festlegt. Die Vereinbarung soll folgenden Wortlaut haben:

1. Die mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen werden ausschließlich für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Ihre Tätigkeit ist auf die Erbringung von analytischen Dienstleistungen beschränkt, die von deutschen Unternehmen nicht ohne Beeinträchtigung der militärischen Bedürfnisse der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika erbracht werden können. Unternehmen, die mit solchen Dienstleistungen beauftragt sind, können auch technische Fachkräfte gemäß Artikel 73 ZA-NTS nach Maßgabe des Verbalnotenwechsels vom 27. März 1998 beschäftigen, wenn die nach Nummer 5 Abschnitt d Unterabschnitt cc dieses Verbalnotenwechsels erforderlichen dienstlichen Angaben auch weiterhin fortlaufend den deutschen Behörden übermittelt werden. Analytische Dienstleistungen umfassen die Tätigkeiten im Bereich der militärischen Planung und der nachrichtendienstlichen Analyse sowie Tätigkeiten zur Unterstützung verschiedener Kommandobereiche durch Strategie- und Kriegsplanung. Die im vorhergehenden Satz bezeichneten Tätigkeiten sind im Einzelnen in der im Anhang zu dieser Verbalnote beigefügten Liste aufgeführt, die Bestandteil dieser Verbalnote ist. Falls notwendig können beide Seiten Konsultationen mit dem Ziel der Änderung dieser Liste durch einen zusätzlichen Notenwechsel aufnehmen.
2. a) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stellt sicher, dass die mit den analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen nur entsprechend qualifizierte Personen für die unter Nummer 1 genannten Tätigkeiten beschäftigen, um die unter Nummer 1 aufgeführten Dienstleistungen auszuüben.
b) Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer, die mit analytischen Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika beauftragt sind, soll in einem vernünftigen Verhältnis zu dem Auftrag und den künftigen Anforderungen stehen, einschließlich der Basisfunktionen zur Unterstützung von Schutzzonen, verschiedener NATO-Einsätze wie SFOR/KFOR, begleitender Einsätze und Übungen, Truppenschutz, Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit für größere und kleinere Einsätze im gesamten militärischen Einsatzbereich, und in potentiellen Notfällen.
c) Es besteht Einvernehmen darüber, dass weder Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut noch diese Vereinbarung für einzelne Unternehmen einen Rechtsanspruch auf Zuerkennung einer Rechtsstellung nach Artikel 72 Absatz 4 ZA-NTS begründen. Dafür bedarf es vielmehr in jedem Einzelfall einer gesonderten Vereinbarung. Die deutschen Behörden werden Anträge auf eine solche Rechtsstellung wohlwollend und zügig bearbeiten.
d) Vor Antragstellung eines Unternehmens auf Zuerkennung einer Rechtsstellung nach Artikel 72 Absatz 4 ZA-NTS wird die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Dienstleistung, für welche die Rechtsstellung eines Unternehmens angestrebt wird, überprüfen, um sicherzustellen, dass sich jede Tätigkeit im Wesentlichen mit den Tätigkeiten deckt, die in dem unter Nummer 1 genannten Anhang aufgelistet sind.

3. Nach Abschluss einer solchen Vereinbarung genießt das jeweilige Unternehmen unbeschadet des Artikels 72 Absatz 6 ZA-NTS Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 ZA-NTS mit folgenden Einschränkungen:
 - a) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass für die mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen die Befreiung von Zöllen, Steuern, Einfuhr- und Wiederausfuhrbeschränkungen und von der Devisenkontrolle zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht notwendig ist. Privilegien nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe a ZA-NTS werden daher den Unternehmen nicht gewährt.
 - b) Ferner genießen die mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen keine Befreiung von den Vorschriften des Arbeitsschutzrechts. Innerhalb ihres Ermessensspielraums lassen die zuständigen deutschen Behörden Ausnahmen nach den Arbeitsschutzbestimmungen (insbesondere nach § 3 der Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“) für diejenigen Einrichtungen der mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen zu, die innerhalb von Liegenschaften untergebracht sind, die den Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind.
4. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vereinbaren, dass der Bedarf der mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen an Liegenschaften und Bürofläche nicht durch die Bundesrepublik Deutschland gedeckt wird. Falls die mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Liegenschaften nutzen, die den Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika von der Bundesrepublik Deutschland überlassen worden sind, dürfen diese daraus keinen wirtschaftlichen Nutzen ziehen. Etwaige Entschädigungen, die mit analytischen Dienstleistungen beauftragte Unternehmen für eine solche Nutzung zahlen, stehen der Bundesrepublik Deutschland zu. Aus der gemeinsamen Nutzung von Liegenschaften, die den Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika zur Verfügung gestellt wurden, erwächst den mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen kein Anspruch auf eine besondere Rechtsstellung.
5.
 - a) Arbeitnehmern von mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen werden, wenn sie ausschließlich für diese tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
 - b) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichtet sich, gemäß Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe a und Artikel 72 Absatz 6 ZA-NTS die Befreiungen und Vergünstigungen, die nach dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut für das zivile Gefolge gelten, solchen Arbeitnehmern ganz zu entziehen, die nicht unter Nummer 1 fallen. Personen, die die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllen und bereits Befreiungen und Vergünstigungen in Anspruch genommen haben, werden die vor dem Datum dieser Vereinbarung tatsächlich gewährten Befreiungen und Vergünstigungen und die daraus folgenden vermögenswerten Vorteile nicht rückwirkend entzogen. Bei diesen Personen werden die Zeitabschnitte, während derer sie bis zur Privilegierung der Vertragsfirma gemäß Artikel 72 Absatz 4 ZA-NTS im Rahmen der analytischen Dienstleistungen beschäftigt waren, bei der Beurteilung des Ausschlussgrundes nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS nicht berücksichtigt.
 - c) Befreiungen und Vergünstigungen werden Arbeitnehmern nicht gewährt, die unter Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b ZA-NTS fallen. Insbesondere können gemäß Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS nur Personen anerkannt werden, die bei Aufnahme ihrer Tätigkeit keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben.
 - aa) Personen, die sich im Bundesgebiet in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der US-Streitkräfte oder ihres zivilen Gefolges oder als Angehörige solcher Mitglieder aufgehalten haben, können innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Beendigung ihrer Tätigkeit als Mitglieder der Streitkräfte oder des zivilen Gefolges oder ihrer Eigenschaft als Angehörige eine Tätigkeit nach Nummer 1 aufnehmen, ohne dass allein aufgrund dieser Tatsache die Begründung eines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS angenommen wird. Voraussetzung für eine Anschlussprivilegierung ist jedoch, dass vor Beginn der Tätigkeit im Rahmen analytischer Dienstleistungen kein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS begründet worden ist.
 - bb) Personen, die analytische Dienstleistungen nach den im Anhang aufgelisteten Tätigkeiten im Rahmen eines Vertrags ausübten und wie Mitglieder des zivilen Gefolges angesehen und behandelt wurden, können innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Beendigung ihrer Tätigkeit nach Nummer 1

erneut eine Arbeit nach Nummer 1 oder als technische Fachkraft im Rahmen eines anderen Vertrags/Folgevertrags aufnehmen, ohne dass allein aufgrund dieser Tatsache die Begründung eines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS angenommen wird. Härtefälle werden wohlwollend geprüft. Voraussetzung für eine Anschlussprivilegierung ist jedoch, dass vor Beginn der Anschlussstätigkeit im Rahmen analytischer Dienstleistungen oder als technische Fachkraft kein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS begründet worden ist.

- cc) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass Arbeitnehmer, die Tätigkeiten nach Nummer 1 verrichten und Arbeitnehmer privater Unternehmen sind, die im Auftrag der Truppe tätig sind, gemäß Artikel 72 ZA-NTS wie Mitglieder des zivilen Gefolges angesehen und behandelt werden, wenn diese Arbeitnehmer die Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 5 ZA-NTS erfüllen.
- d) Bevor ein Arbeitnehmer, dem die Befreiungen und Vergünstigungen gewährt werden sollen, die nach dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut für das zivile Gefolge gelten, seine Tätigkeit bei dem mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen aufnimmt, übermitteln die zuständigen Behörden der US-Streitkräfte den zuständigen Behörden des jeweiligen Landes folgende Informationen:
- aa) Person des Arbeitnehmers:
Name, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Passnummer, Sozialversicherungsnummer, Wohnanschrift und Telefonnummer in Deutschland sowie Familienstand;
- bb) Angehörige des Arbeitnehmers:
Staatsangehörigkeit des Ehegatten; falls Deutsche(r), Name und abweichender Geburtsname, Zahl der Kinder sowie der abhängigen Familienangehörigen, die im Haushalt des Arbeitnehmers leben;
- cc) dienstliche Angaben:
Name sowie deutsche Zivilanschrift des Firmensitzes und Telefonnummer des mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmens, Vertragsnummer, Sitz des Project Managers bzw. des verantwortlichen Mitarbeiters der Firma in Deutschland, Arbeitsort, zivile Dienstanschrift und Diensttelefon, Beschreibung der dienstlichen Aufgabenstellung, Beginn und voraussichtliches Ende des Arbeitsverhältnisses (Kopie des Arbeitsvertrags bzw. Angebot und Annahme), Umfang der Vergütung, d.h. Lohn oder Gehalt zuzüglich des geldwerten Vorteils für die gewährten Privilegien, Bezeichnung der gesamten gewährten Vergütungsbestandteile im Generalvertrag;
- dd) Schulbildung und Ausbildung, Qualifikationen sowie beruflicher Werdegang:
Schulbildung und Ausbildung (Name und Bezeichnung der Bildungsanstalt, Bezeichnung und Datum der Abschlüsse), Qualifikationsnachweise, Darstellung der Fähigkeiten auf militärischem Gebiet, soweit sie für die zu leistende Arbeit erforderlich sind, sowie des beruflichen Werdegangs;
- ee) vom Arbeitnehmer verfasster persönlicher Lebenslauf;
- ff) Erklärung, ob der betreffende Arbeitnehmer im Besitz einer deutschen Arbeitsgenehmigung war (ausstellende Behörde, Dauer, Art der Arbeitsgenehmigung);
- gg) Erklärung des Arbeitnehmers über die Absicht, keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland zu nehmen.
- e) Die zuständige Behörde des Landes nimmt so bald wie möglich, normalerweise nicht später als vier Wochen nach Erhalt der Informationen zu den einzelnen Arbeitnehmern, schriftlich Stellung und begründet die Einwendungen. Falls binnen sechs Wochen keine Stellungnahme erfolgt, bedeutet Schweigen, dass keine Einwendungen bestehen. Falls Einwendungen erhoben werden, erfolgt grundsätzlich innerhalb einer Woche ein Meinungsaustausch zwischen den Behörden des Landes und der US-Streitkräfte, ob den betreffenden Arbeitnehmern unter Bezugnahme auf diesen Notenwechsel und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen die Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Absatz 5 ZA-NTS zu gewähren sind. Führt dieser Meinungsaustausch zu keiner Einigung, wird das Ergebnis dem Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeitnehmer mitgeteilt. Das Auswärtige Amt sowie die Behörden der Finanz-, Zoll-, Bundesvermögens-, Arbeits- und allgemeinen inneren Verwaltung sowie die Sozialversicherung werden unterrichtet.

- f) Das Ergebnis dieses Meinungsaustauschs lässt das Recht der zuständigen deutschen Behörden, einschließlich der Finanzbehörden, unberührt, insbesondere die Staatsangehörigkeit des betreffenden Arbeitnehmers und seine tatsächliche Tätigkeit sowie die Ausschließlichkeit dieser Tätigkeit bei dem mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen zu überprüfen. Dies schließt Außenprüfungen bei dem mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen ein. Sie sind hierbei jedoch an die Beurteilung der zuständigen Behörde des Landes im Rahmen des Meinungsaustauschs gebunden, es sei denn, dass der Sachverhalt bezüglich der von den Behörden der US-Streitkräfte zu dem betreffenden Arbeitnehmer übermittelten Informationen oder bezüglich der Ausschlussgründe gemäß Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b ZA-NTS sich anders darstellt oder unvollständig war.
- g) Die zuständigen Behörden der US-Streitkräfte benachrichtigen die Behörden des jeweiligen Landes, falls sie einem Arbeitnehmer eines mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmens die ihm gewährten Befreiungen und Vergünstigungen ganz oder teilweise entziehen.
6. Falls in Fällen dringender militärischer Erfordernisse, die durch die höheren US-Militärbehörden festgestellt sind, die US-Streitkräfte nicht in der Lage sind, die oben dargelegten Anforderungen in Bezug auf Vorabmitteilung und Meinungsaustausch zu erfüllen, werden sie die betroffenen Länder sofort über die gegenwärtige oder bevorstehende Anwesenheit solcher Arbeitnehmer von mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen unterrichten, sobald das dringende Erfordernis und der Einsatz von solchen Arbeitnehmern bekannt werden. Die Behandlung als ein Arbeitnehmer eines privilegierten Unternehmens im Falle eines solchen dringenden Erfordernisses geschieht unter Vorbehalt, bis die ordnungsgemäße Mitteilung und der Meinungsaustausch nach Nummer 5 stattgefunden haben, längstens für zehn Wochen. Jede Änderung in der Behandlung als Ergebnis dieser Mitteilung und des Meinungsaustauschs nach Nummer 5 wird so schnell wie möglich umgesetzt.
7. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt mit, an welchem Ort das jeweilige mit analytischen Dienstleistungen beauftragte Unternehmen seinen Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, ebenso die Zahl der von ihm beschäftigten privilegierten und nicht privilegierten Arbeitnehmer, ihre Einsatzorte sowie Änderungen dieser Angaben. Die Mitteilung erfolgt jährlich im Dezember.
8. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benachrichtigt das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, falls die Behörden der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika den mit analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen die ihnen gewährten Befreiungen und Vergünstigungen ganz oder teilweise entziehen.
9. Die Vertragsparteien dieser Vereinbarung teilen die Dienststellen, die als zuständige Behörden benannt werden, und die Anschriften dieser Dienststellen mit.
10. Eine beratende Kommission wird unter dem gemeinsamen Vorsitz des Auswärtigen Amts und der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika periodisch zusammentreten, um die Umsetzung der Vereinbarung zu überprüfen und Probleme, die von einer der Parteien anhängig gemacht werden, zu behandeln. In Fällen, in denen zwischen Vertretern der Länder und der US-Streitkräfte keine Übereinstimmung hinsichtlich der Begriffe oder der Anwendung dieser Vereinbarung besteht, wird die Kommission so bald wie möglich nach Eingang einer schriftlichen Bitte von Vertretern der Länder oder der US-Streitkräfte zusammentreten, um eine Lösung zu finden und einen schriftlichen Bericht zu erstellen, der von den beiden Vorsitzenden unterzeichnet wird. Falls möglich, soll der Bericht eine schriftliche Empfehlung enthalten.
11. Diese Vereinbarung kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Die gesonderten Vereinbarungen nach Nummer 2 Buchstabe c bleiben jedoch auch nach Beendigung dieser Vereinbarung bis zu dem in ihnen festgelegten Außerkrafttreten in Kraft, längstens jedoch bis zum 31. Dezember des auf das Außerkrafttreten dieser Vereinbarung folgenden Jahres. Jedoch dürfen nach dem Ende dieser Vereinbarung keine Beschäftigten mehr auf der Basis der weitergeltenden gesonderten Vereinbarungen neu eingestellt oder Verträge bereits Beschäftigter auf ihrer Basis verlängert werden. Keine in dieser Vereinbarung enthaltene Bestimmung kann dahingehend verstanden werden, dass es den genannten Unternehmen versagt sein soll, ihre Tätigkeit nach deutschem Recht zu entfalten oder Personen nach deutschem Recht zu beschäftigen.
12. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 12 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen im Sinne des Artikels 72 Absatz 4 ZA-NTS bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.“

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass meine Regierung mit den in Ihrer Note enthaltenen Vorschlägen einverstanden ist. Ihre Note und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen, die mit dem Datum dieser Antwortnote in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Genehmigen Sie, Herr Gesandter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Chrobog

An den
Geschäftsträger a.i.
der Vereinigten Staaten von Amerika
Terry Snell
Berlin

**Anhang zum Verbalnotenwechsel
vom 29. Juni 2001
betreffend Artikel 72 ZA-NTS**

Analytische Dienstleistungen

I. Planer: Entwickelt Pläne und Konzepte.

Gestaltet Anforderungen zur Datenerfassung in Unterstützung der Planung.

Steht hochrangigen Führungskräften mit Rat und Empfehlungen hinsichtlich der Pläne und Konzepte zur Seite.

Tätigkeit	Tätigkeitsbeschreibung
Military Planner	a. Entwickelt militärische Einsatzpläne und berät. Entwickelt militärische Pläne für den Ernstfall und Einsatzpläne. Liefert Richtlinien, erteilt Rat und leistet technische Hilfe bei der Entwicklung von Einsatzplänen, Befehlen und Ablaufplänen für die Streitkräfteentsendung, um Einsätze und Übungen zu unterstützen. Plant, analysiert, koordiniert, bewertet und integriert Maßnahmen, die zur Unterstützung von derzeitigen und zukünftigen militärischen Aufträgen benötigt werden. Anforderungen: Bachelor's Degree und Besuch des Command and General Staff College; 10 Jahre Berufserfahrung.
Combat Service Support Analyst	b. Analysiert und überprüft Pläne. Verfügt über die militärischen Fachkenntnisse und das Wissen, um zu gewährleisten, dass die Erwägungen betreffend Kampfaufträge, Kampfunterstützung und logistische Kampfunterstützung in der Planung und Ausführung optimiert werden. Analysiert und überprüft bestehende militärische Pläne für den Ernstfall, um die Nachhaltigkeit von Einsätzen und die umfassende Einsatzfähigkeit zu gewährleisten. Plant die Durchführung von Einsätzen über die gesamte Dauer und den gesamten Umfang des Konflikts, führt Auftragsanalysen durch, entwickelt Einschätzungen zur Sicherstellung der logistischen Kampfunterstützung, analysiert und vergleicht Einsatzkonzepte zur Unterstützung von Logistik- und friedenserhaltenden Einsätzen der NATO. Anforderungen: Bachelor's Degree; 15 Jahre Berufserfahrung.
Material Readiness Analyst	c. Entwickelt und analysiert Pläne. Entwickelt militärische Einsatzpläne in Bezug auf die Einsatzfähigkeit des Materials. Plant und synchronisiert zukünftige Materialbereitschaftseinsätze in Form von zeitlich und sachlich gegliederten Plänen für Einsätze. Analysiert und überprüft bestehende militärische Pläne für den Ernstfall, um die Nachhaltigkeit von Einsätzen und die umfassende Einsatzfähigkeit zu gewährleisten. Anforderungen: Bachelor's Degree; zusätzlich zivile und militärische Ausbildung, wie z.B. Besuch des Command and General Staff College oder einer gleichwertigen Einrichtung; 10 Jahre Berufserfahrung beim US-Militär.
Senior Movement Analyst	d. Entwickelt Pläne und berät. Entwickelt Einsatzpläne und Einzelbefehle für Kampfeinsätze, friedensschaffende/friedenserhaltende Einsätze und Entsendungen/Neuentsendungen durch die Anwendung umfassender Fachkenntnisse und Erfahrungen im technisch-militärischen Bereich. Führt die Stäbe von nachgeordneten, gleichrangigen und übergeordneten Hauptquartieren, um Planungsdaten zu gestalten und zu entwickeln; entwickelt und koordiniert die Automatisierungsmöglichkeiten für das Transportwesen. Anforderungen: Bachelor's Degree oder höhere Militärausbildung; 12 Jahre Berufserfahrung.
Joint Staff Planning Support Specialist	e. Berät, überprüft und entwickelt Pläne. Stellt seine Fachkenntnisse bei der Planung von verbundenen Einsätzen und von NATO-/Koalitions-Einsätzen und den damit zusammenhängenden Übungen zur Einsatzfähigkeit zur Verfügung. Überprüft Einsatzpläne für US- und NATO-Einsätze (Kampfeinsätze oder nicht kriegerische Einsätze). Entwickelt, analysiert und überprüft Pläne und Normen für Kampf- und Übungseinsätze. Bewertet die Einsatzfähigkeit und ermittelt die Leistungsfähigkeit von Einheiten, Kommandeuren und Stabselementen. Anforderungen: Bachelor's Degree; Fortbildungskurse beim US-Militär; ehemaliger US-Offizier.

- II. Analyst: Analysiert Pläne, Daten, nachrichtendienstliche Informationen oder Systeme.
 Entwickelt Einschätzungen und gibt Empfehlungen bei Mängeln ab.
 Integriert Informationen aus einer Vielzahl von Quellen in mehrere Systeme;
 gewährleistet das Zusammenspiel von Systemen. Sammelt Daten für die Analyse.
 Entwickelt Produkte auf der Grundlage von Analysen.

Tätigkeit	Tätigkeitsbeschreibung	
Senior Principal Analyst	a.	Analysiert und überarbeitet Abläufe. Analysiert und überarbeitet Auftragsabläufe der „Einsatzplanung im Kommandobereich“ (TEP) durch Anwendung von Überarbeitungsprinzipien aus dem privatwirtschaftlichen Bereich. Schlägt Änderungen vor und unterstützt deren Umsetzung. Unterstützt die Teilnahme an damit zusammenhängenden Studien. Entwickelt Hilfsmittel und Informationssysteme, die zur Unterstützung des Verwaltungsablaufs benötigt werden. Entwickelt Unternehmensinformationsmodelle zum Einsatz bei der Gestaltung und Erstellung von integrierten, gemeinsam genutzten Datenbankverwaltungssystemen und wendet diese an. Betreut/ändert logistische Schemata und physische Strukturen des TEP Verwaltungsinformationssystems. Anforderungen: Bachelor's Degree; 15 Jahre Berufserfahrung.
Intelligence Analyst – Signal Intelligence	b.	Analysiert und integriert Daten. Wertet elektronische nachrichtendienstliche Daten aus luftgestützten, bodengestützten und nationalen Quellen aus. Fügt Informationen zu einer Gesamtquellenanalyse zusammen. Anforderungen: Bachelor's Degree; 10 Jahre nachrichtendienstliche Berufserfahrung.
Intelligence Analyst – Topographic/Terrain Analyst	c.	Entwickelt nachrichtendienstliche Produkte. Entwickelt maßgeschneiderte nachrichtendienstliche Produkte unter Einsatz von Überwachung, Kartografie und Bildrecherche sowie unter Einsatz von multispektraler Bildproduktion und Kartografie des general area limitation environment system. Anforderungen: Bachelor's Degree; Fortbildungskurse oder Abschluss im militärischen Nachrichtenwesen; 10 Jahre Berufserfahrung.
Intelligence Analyst – Measurement and Signature	d.	Sammelt und analysiert Daten. Sammelt und analysiert nachrichtendienstliche Daten durch Anwendung von Prinzipien der Physik und Elektrotechnik beim Einsatz von komplexen Laserdetektoren, Infrarotgeräten, Radiometern, Radargeräten sowie akustischen und seismischen Sensoren. Anforderungen: Bachelor's Degree; 10 Jahre Berufserfahrung.
Intelligence Analyst – Counterintelligence/Human Intelligence	e.	Analysiert Daten. Analysiert Daten, die im Zusammenhang mit dem Truppenschutz sowie mit der personellen und der materiellen Sicherheit der Infrastruktur stehen. Analysiert Antiterrorismus-, Umsturz-, Sabotage- und Spionagedrohungen. Bedient Systeme zur Analyse von Drohungen. Anforderungen: nachrichtendienstliche Ausbildung; 5 Jahre Berufserfahrung.
Military Intelligence Planner	f.	Analysiert Pläne. Analysiert, überprüft und überarbeitet Einsätze und Einsatzpläne im Kommandobereich und auf nationaler Ebene. Erstellt detaillierte Einsatz- und Krisenpläne. Stellt sicher, dass sich die nachrichtendienstliche Tätigkeit auf Schwerpunkteinsätze konzentriert, und bringt nachrichtendienstliche Produkte auf den neuesten Stand. Entwickelt die Übungsstruktur für die nachrichtendienstlichen Gefechtsfeld-Betriebssysteme, entwickelt Szenarien für Stabsdivisionsübungen und wichtige Stabsübungen des nachgeordneten Kommandos. Entwickelt und koordiniert den Strukturplan für die nachrichtendienstliche Kommunikation und die Anforderungen, um zu gewährleisten, dass das Gefechtsfeld-Betriebssystem der Division kompatibel ist. Anforderungen: Bachelor's Degree und 6 Jahre Berufserfahrung oder 10 Jahre Berufserfahrung einschließlich entsprechender militärischer und ziviler Ausbildung.
All Source Analyst	g.	Entwickelt und analysiert Pläne. Entwickelt Einsatzpläne, Befehle und Ablaufpläne für die Streitkräfteentsendung, um Einsätze und Übungen zu unterstützen. Plant, analysiert, koordiniert, bewertet und integriert Stabsmaßnahmen, die zur Unterstützung der derzeitigen und zukünftigen Aufträge der Division benötigt werden. Erstellt Bedrohungsanalysen für spezifische Divisionseinsatzpläne. Bereitet die Gefechtsfeld-Aufklärung vor und erstellt auf der Grundlage dieser Erkenntnisse damit zusammenhängende Produkte. Anforderungen: Bachelor's Degree und 6 Jahre Berufserfahrung oder 10 Jahre Berufserfahrung (davon 5 Jahre als Feldwebel E-6 oder Hauptmann O-3 oder höher) einschließlich entsprechender militärischer und ziviler Ausbildung.

Tätigkeit		Tätigkeitsbeschreibung
Analyst/Force Protection	h.	Analysiert Systemanforderungen und legt diese fest. Analysiert wichtige Antiterrorismus-/Truppenschutzprogramme und Anwenderanforderungen und wertet sie aus; legt die Ziele der Systeme fest und erarbeitet die Spezifikationen für die Systemgestaltung; identifiziert alternative Ansätze und wählt geeignete Methoden auf der Grundlage strategischer, doktrinäer und politischer Grundsätze aus. Anforderungen: Master's Degree im Fach Management Information Systems oder in einem gleichwertigen Fach oder entsprechende Berufserfahrung; 10 Jahre Berufserfahrung.
Senior Military Analyst	i.	Forscht und analysiert. Führt gezielte Forschungsarbeiten und Analysen durch; arbeitet Präsentationen aus; erarbeitet Artikel zur Veröffentlichung und entwickelt erstmals die Konzepte und den Rahmen für ausgewählte Projekte. Führt Analysen durch, entwickelt Pläne und ermöglicht deren Umsetzung. Analysiert und entwickelt strategische Einsatzkonzepte; operationelle und logistische Fragen; Organisationsstruktur, Ausrüstung und Modernisierung der Streitkräfte; Übungen und Schulungen und C4ISR (Command, Control, Computer, Communications, Intelligence, Surveillance, Reconnaissance). Anforderungen: Master's Degree; Besuch des Senior Service Military College und des Command and General Staff College oder Besuch einer gleichwertigen Einrichtung; Oberstleutnant O-5 oder höher.
Senior Engineer (Operational Targeteer)	j.	Gestaltet Konzepte und Strukturen für den Nachrichtendienst, die Überwachung und die Aufklärung (ISR). Organisiert und gestaltet zielbezogene nachrichtendienstliche Strukturen. Entwickelt operationelle und Systemstrukturen als Grundlage für zielbezogene nachrichtendienstliche Fähigkeiten und als Richtlinie für die Ziele der Joint Vision 2020. Integriert die ISR-Funktionen, gestaltet und erstellt die Zielentwicklung im Einsatzraum sowie Konzepte, Pläne, Strategien und Strukturen zur Kampfschadenauswertung (BDA). Anforderungen: Bachelor's Degree im Bereich Ingenieurwesen oder in einem anderen technischen Fach; 8 Jahre Militärerfahrung und/oder -ausbildung.
Senior System Analyst	k.	Gestaltet und integriert Konzepte und Strukturen für den Nachrichtendienst, die Überwachung und die Aufklärung (ISR). Entwickelt und integriert ISR-Konzepte, Themen, funktionale Substrukturen, Umsetzungspläne, Einsatzkonzepte und ähnliche planbezogene Produkte. Unterstützt den Bereich Communications and Computers, soweit er für die Bereitstellung von nachrichtendienstlichen Informationen für militärische Einsätze relevant ist. Vergleicht das derzeitige Leistungsvermögen mit zukünftigen Anforderungen und analysiert Defizite. Anforderungen: Bachelor's Degree; militärische Ausbildung; umfangreiche militärische Erfahrung im nachrichtendienstlichen Bereich.
Senior Engineer (Senior Intelligence Systems Analyst)	l.	Analysiert Anforderungen für den Nachrichtendienst, die Überwachung und die Aufklärung (ISR) und legt sie fest. Gestaltet, entwickelt und erstellt ISR-Systemstrukturen und -konzepte, Interoperabilitätslösungen, Anwendungspläne, Betriebskonzepte, Datenbanken und operationelle Strukturen und setzt diese um. Analysiert nachrichtendienstliche Verfahren, Systeme, Programme und Vorschläge zur Abgabe geeigneter Empfehlungen. Anforderungen: Bachelor's Degree in einem verwandten Bereich; Besuch der Senior Service School oder einer entsprechenden Senior Management School; 5 Jahre Berufserfahrung in der nachrichtendienstlichen Analyse; 10 Jahre Tätigkeit in mittleren und leitenden militärischen Funktionen im nachrichtendienstlichen Bereich.
HQ EUCOM Liaison (LNO)/ Senior Analyst and Subject Matter Expert	m.	Analysiert. Ruft Daten aus Systemen mit automatischer Identifikationstechnologie (AIT) ab. Entwickelt, konfiguriert, testet und überprüft analytische Modelle und verwendet Testdaten zu ihrer Prüfung und Freigabe. Analysiert Verteilungssysteme und verwandte automatisierte Informationssysteme, die den JTD (Joint Theater Distribution)-Prozess berühren oder ein Teil von ihm sind. Analysiert Fragen und Prozesse aus dem Bereich verbundener Einsätze. Anforderungen: Bachelor's Degree im Fach Distribution oder in einem anderen Logistikbereich; 10 Jahre Berufserfahrung.
Interoperability Analyst	n.	Analysiert Daten. Analysiert Daten im Hinblick auf ihre Freigabe im Rahmen der joint interoperability certification. Identifiziert in Frage kommende Systeme für die Feststellung der Interoperabilität und für mögliche Tests, legt Verschlüsselungsanforderungen fest, entwickelt Interoperabilitätskriterien, aufgrund derer die Ausrüstung für Koalitions-/verbundene Einsätze freigegeben werden kann. Stellt analytische und fachkundige Unterstützung für die Entwicklung von militärischen Übungsplänen und Berichten. Anforderungen: Militärdienst auf Bataillonsebene oder höher; 10 Jahre Berufserfahrung im Bereich Analyse, davon mindestens 3 Jahre im Bereich C4I.

Tätigkeit	Tätigkeitsbeschreibung	
Analyst	o.	<p>Analysiert und entwickelt militärische Übungen. Analysiert Anforderungen für Übungen der Einheit und entwickelt Computersimulationsübungen zu deren Erfüllung. Wertet die Leistung der Einheit bei Computersimulationsübungen aus. Legt im Falle von Leistungsdefiziten spezifische Übungen und operationelle Abhilfemaßnahmen fest. Überwacht und analysiert militärische Übungen und Einsätze, um die Übereinstimmung mit Grundsätzen und Leitlinien zu gewährleisten. Entwirft Übungsszenarios, Feldzugspläne, Pläne für das Einsatzgebiet und Befehle zur Unterstützung von Übungen. Testet und bewertet Computersimulationsdatenbanken. Beaufsichtigt computersimulierte Einsätze, um zu gewährleisten, dass Computer- und Kommunikationssysteme den militärischen Einsatz genau wiedergeben. Arbeitet während der Simulation der Kampfbedingungen eng mit den Soldaten unter militärischen Übungsbedingungen zusammen. Anforderungen: Bachelor's Degree; Besuch des Command and General Staff College oder einer gleichwertigen Einrichtung (ersatzweise 10 Jahre Berufserfahrung in der Planung, Entwicklung oder Leitung von militärischen Übungseinsätzen); 15 Jahre Militärdienst in einem oder mehreren Gefechtsfeld-Betriebssystem(en) oder im funktionellen Bereich; 2 Jahre Berufserfahrung in der Anwendung militärischer Automatisierungssysteme wie Command and Control Systems oder Computersimulationen; 2 Jahre Berufserfahrung als militärischer Ausbilder (Erfahrungen als Führer oder Kommandeur eines Zuges oder höher sind gleichwertig).</p>
Senior Analyst	p.	<p>Beobachtet und analysiert militärische Übungen. Analysiert militärische Auftragsanforderungen im Zusammenhang mit der Entwicklung computergesteuerter Simulationsübungen und militärischer Übungen. Beobachtet und analysiert militärische Übungen und Einsätze, um die Übereinstimmung mit militärischen Grundsätzen, Leitlinien und Verfahren zu gewährleisten. Unterstützt die After Action Review Analysis. Koordiniert computersimulationsunterstützte Hilfsprogramme. Gibt Rat und Empfehlungen hinsichtlich der Planung, Entwicklung, Stellenbesetzung, Konfiguration, Überprüfung, Leitung und Dokumentation von Computersimulationsübungen. Anforderungen: Bachelor's Degree; Besuch des Command and General Staff College oder einer gleichwertigen Einrichtung; 10 Jahre Militärdienst als Offizier auf Divisionsebene; 2 Jahre in Entwicklung, Planung, Konfiguration und Leitung von groß angelegten Computersimulationsübungen.</p>
EAC MASINT Analyst EAC MASINT Senior Analyst	q.	<p>Recherchiert und verarbeitet und analysiert Daten. Betreibt Recherche für die Planung von nachrichtendienstlichen Einsätzen und entwickelt Optionen für Einsätze und Übungen. Verarbeitet und analysiert Messungen und Signaturdaten. Erstellt analytische Berichte. Schult Soldaten in der Anwendung von Prototypen und low density MASINT systems. Anforderungen: 2 Jahre College oder gleichwertige höhere Schule; höhere militärisch-technische Ausbildung als Signal Intelligence Collector oder Analyst Technician; Aufbaulehrgang für Intelligence Officers oder gleichwertige Weiterbildung; Besuch eines MASINT Operations and Collection Course oder gleichwertige Erfahrung; 12 Jahre Berufserfahrung als US Military Intelligence Collector oder Analyst Technician (15 Jahre beim Senior Analyst).</p>
EAC MASINT Analyst (Imagery)	r.	<p>Verarbeitet und analysiert Bilddaten. Erstellt Aufklärungs- und Überwachungsberichte und leitet diese weiter. Erstellt und pflegt Bildauswertungsdateien. Empfängt, verarbeitet, bewertet und verbreitet Bildauswertungsdaten. Entwickelt Optionen für Einsätze und Übungen. Unterstützt die Bildaufklärung. Schult Soldaten in der Anwendung von Bildauswertungsmitteln. Anforderungen: 2 Jahre College oder gleichwertige höhere Ausbildung; höhere militärisch-technische Ausbildung als Imagery Analyst oder Techniker; Aufbaulehrgang für Intelligence Officers oder gleichwertige Weiterbildung; Besuch des MASINT Operations and Collection Course oder gleichwertige Berufserfahrung; 10 Jahre Berufserfahrung als Imagery Analyst oder Techniker beim US-Militär.</p>
Science Specialist	s.	<p>Analysiert. Plant und leitet Einsätze. Führt komplexe Datenanalysen durch und erstellt eine Vielzahl von technischen Berichten und Einführungen, einschließlich der Erstellung von Verfahren und Plänen. Entwickelt Methoden zum Erwerb, zur Analyse und zur Verarbeitung technischer Daten. Anforderungen: Ph.D. im naturwissenschaftlichen Bereich; 15 Jahre Berufserfahrung.</p>
Management Analyst	t.	<p>Erforscht und analysiert. Erforscht und analysiert Anforderungen zur Gestaltung, Entwicklung, Überprüfung und Umsetzung von Informationssystemen. Analysiert Prozesse zur Steigerung der Effizienz. Hilft bei der Umsetzung von Initiativen zur Prozessverbesserung im Bereich Theater Engagement Planning (TEP). Führt eine Dokumentation zur Unterstützung der Anwender und entwickelt Schulungsmaterialien für Anwender des TEP Management Information System (MIS). Anforderungen: Master's Degree im Fach Business, Management Science oder Engineering oder Bachelor's Degree in jedem beliebigen Fach mit 10 Jahren Berufserfahrung in der Anwendung und in den Methoden zur Unterstützung der Programmauswertung, Planung und Kontrolle.</p>

Tätigkeit		Tätigkeitsbeschreibung
Senior Engineer (Operations Engineer)	u.	Analysiert. Analysiert Command-and-Control-Prozesse und deren Organisation; Fragen der Einsatzfähigkeit, der Interoperabilität und der Übungen; Umsetzung des gemeinsamen Übungsprogramms aller Waffengattungen und automatisierte Datenverarbeitung zur Feststellung von Anforderungen; arbeitet mögliche Lösungen aus. Analysiert Verfahren und Anwendungen im Bereich C4ISR hinsichtlich der Einsatzfähigkeit und Ausbildung. Anforderungen: Bachelor's Degree; 8 Jahre Berufserfahrung.
System Engineer (Senior Engineer/ Senior System Engineer)	v.	Analysiert und entwickelt. Definiert alle Aspekte der Systementwicklung von der Analyse der Einsatzerfordernisse bis hin zum Nachweis der Systemleistung. Entwickelt LAN/WAN unter Verwendung von Netzknotten- und Verteilertechnologie (hub and router technology) und setzt diese um. Führt Hardware-/Software-Analysen durch zur Bereitstellung von Vergleichsdaten über Leistungsmerkmale und die Kompatibilität innerhalb der vorhandenen Systemumgebung. Arbeitet optimierende Vergleichsstudien und Bewertungen aus. Empfiehlt Netzwerkänderungen/-verbesserungen. Plant und koordiniert Projektmanagement und -technik. Anforderungen: Bachelor's Degree (5 Jahre zusätzliche Berufserfahrung kann die Ausbildung ersetzen); 8 Jahre Berufserfahrung.

III. Berater: Stellt zwischen den Programmen der US- und der internationalen Streitkräfteführer eine Verbindung her. Gibt Ratschläge und Empfehlungen an Kommandeure in den höchsten Führungsebenen auf der Grundlage militärischer Fachkenntnisse. Evaluiert Ergebnisse und entwickelt Schlussfolgerungen.

Tätigkeit		Tätigkeitsbeschreibung
Political Military Analyst/Facilitator	a.	Berät. Dokumentiert und analysiert Führungsstile von früheren und derzeitigen kommandierenden Generälen mit dem Schwerpunkt friedenserhaltende Einsätze. Erfasst systematisch Erkenntnisse, operative Konzepte, Problemstellungen und -lösungen usw. der militärischen Führung im Format von „gesammelten Erfahrungen“. Gibt professionellen militärstrategischen Rat und Hilfestellung zur Unterstützung des Programms des Direktoriums (BOD) des kommandierenden Generals (CG), um die Effizienz des Direktoriums zu maximieren. Anforderungen: Field-Grade Officer im Ruhestand; Besuch des Command and General Staff College; Master's Degree.
Senior Leader Program Coordinator	b.	Berät. Sammelt Informationen, aktualisiert die Wissensgrundlage und hält einen ständigen Dialog mit militärischen Führern/Teilnehmern auf höchster Ebene. Entwickelt Konzepte, Schwerpunktbereiche und Ziele für das US-Führungsforum und gibt zeitgerechte und umfassende Empfehlungen ab. Leitet den Übergangsprozess für jedes Forum, um die Stufen von der Planung bis zur Durchführung zu erleichtern. Führt eine Überprüfung nach der Durchführung von Maßnahmen durch, um die Schlüsselprobleme zu erfassen und Veränderungen einzuleiten, wo dies sinnvoll ist. Anforderungen: Ehemaliger US-Offizier (Oberstleutnant O-5 oder höher) mit 25 Dienstjahren mit Erfahrung als Kommandeur oder Stabsoffizier; US-Militärschule als Dozent oder Schüler.
Senior Arms Control Analyst	c.	Berät. Bietet fachkundige Unterstützung bei der technischen Rüstungskontrolle im Planungsbereich. Gewährleistet die Einhaltung von Verpflichtungen aus internationalen Rüstungskontrollverträgen durch das Kommando. Unterstützt die Führung bei der Bewertung und Minimierung der Auswirkungen der Rüstungskontrolle, die Einsätze beeinträchtigen. Unterstützt die Schwerpunktbereiche des Kommandeurs bei Einsätzen und Bereitschaft. Unterstützt für den Einsatz wesentliche Aufgaben bei der Förderung von verbundenen NATO- und Koalitionsaufgaben zur Förderung der regionalen Stabilität und Bereitstellung ausgebildeter und kampfbereiter Truppen. Gibt fachkundigen Rat in den folgenden Rüstungskontrollbereichen: Planung, Richtlinien und Grundsätze; Nichtverbreitungsgrundsatz; Schulungen; Ausrüstungsforschung, -entwicklung und -beschaffung. Unterstützt die Ausarbeitung von Rüstungskontrollplänen und überprüft vorhandene Pläne im Hinblick auf die Einhaltung der Verträge. Entwickelt Einsatzbefehle und Pläne zur Unterstützung der Rüstungskontrollübungen und Schulungen. Bereitet Standorte auf die vertraglich vorgesehenen Inspektionen vor. Reagiert auf Rüstungskontrollanforderungen. Anforderungen: Spezifische Ausbildung über die Eigenschaften von chemischen und biologischen Kampfstoffen, Wirkstofferkennung und Mittel zu deren Identifizierung sowie Gegenmittel-/Antikörperbehandlungen. Staatlich geförderte Ausbildung im Bereich Rüstungskontrolle; 5 Jahre Erfahrungen beim US-Militär.

IV. Ausbilder: Verantwortlich für die Ausbildung der Streitkräfte in bestimmten Fachgebieten.

Tätigkeit		Tätigkeitsbeschreibung
Training Specialist	a.	Arbeitet eng mit der Kampftruppe zusammen und liefert maßgeschneiderte Informationen, um die Kampfkraft zu erhöhen. Versteht und erteilt wetterbezogene Empfehlungen an Kommandeure, welche es diesen erlaubt, die Kampfleistung zu maximieren und Vorteile aus den Einschränkungen der feindlichen Truppe zu ziehen. Verfügt über anspruchsvolle militärische Fachkenntnisse und Fähigkeiten in Verbindung mit anderen technischen Fähigkeiten, um zu gewährleisten, dass optimierte Ernstfall- und Einsatzpläne entwickelt werden und dass Erwägungen der logistischen Kampfunterstützung in den Planungsprozess Eingang finden. Anforderungen: 8 Jahre Berufserfahrung; 8 Jahre Berufserfahrung als geprüfter US-Militärmeteorologe oder Wetteroffizier.

V. Manager: Erfüllt nicht administrative leitende und aufsichtsführende Aufgaben und unterstützt alle Anstrengungen zur Erfüllung des Vertrags, einschließlich des Einsatzes anerkannter Auftragnehmer auf dem Gebiet analytischer Dienstleistungen.

Tätigkeit		Tätigkeitsbeschreibung
Program/Project Manager; Program/Project Officer; Site Manager/Supervisor	a.	Erfüllt nicht administrative leitende und aufsichtsführende Aufgaben und unterstützt alle Anstrengungen zur Erfüllung des Vertrags. Anforderungen: Bachelor's Degree oder 4 Jahre Berufserfahrung beim Management von komplexen Projekten. Andere besondere Anforderungen sind vertragsabhängig.

**Bekanntmachung
der Änderungsvereinbarung
zu der deutsch-amerikanischen Vereinbarung vom 27. März 1998
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet
der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland
stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind**

Vom 14. September 2001

Die in Berlin durch Notenwechsel vom 29. Juni 2001 geschlossene Änderungsvereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu der Vereinbarung vom 27. März 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen gemäß Artikel 72 Abs. 5 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind (BGBl. 1998 II S. 1199), ist nach ihrer Inkraftretensklausel rückwirkend

zum 27. März 1998

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 14. September 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

Auswärtiges Amt

Berlin, den 29. Juni 2001

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nummer 883 vom 29. Juni 2001 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erlaubt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland ihre Hochachtung auszusprechen und hat die Ehre, unter Bezug auf den Notenwechsel vom 27. März 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, im Auftrag der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nachfolgende Änderungsvereinbarung vorzuschlagen:

1. Im zweiten Abschnitt, erster Satz, der Vereinbarung vom 27. März 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, werden die Worte „sowie der hierzu notwendigen Informationstechnologie“ nach den Worten „Dienstleistungen auf den Gebieten des Sozial- und Gesundheitswesens und der Laufbahnberatung“ eingefügt. Der geänderte Satz lautet dann wie folgt: „Um die Mitglieder der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts mit Dienstleistungen auf den Gebieten des Sozial- und Gesundheitswesens und der Laufbahnberatung sowie der hierzu notwendigen Informationstechnologie versorgen zu können, beabsichtigt die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, mit einer Reihe von Unternehmen Verträge über die Erbringung dieser Dienstleistungen (im Folgenden als „Truppenbetreuung“ bezeichnet) zu schließen.“
2. Unter Nummer 1 Satz 3 der Vereinbarung vom 27. März 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, werden die Worte „sowie von Personen, die für die Bereitstellung von hierzu notwendigen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie verantwortlich sind, nämlich Systemverwaltern, Systemsoftwaretechnikern, Systemspezialisten, Projekt- und Programmmanagern“ nach den Worten „militärischen Laufbahn- und Berufsberatern, Eignungsprüfern und Ausbildern“ eingefügt. Der geänderte Satz heißt dann wie folgt: „Diese Dienstleistungen umfassen die Tätigkeit von Ärzten, Zahnärzten, Zahnhygiene-Fachpersonal, Koordinatoren für medizinische Leistungen, Physiotherapeuten und Beschäftigungstherapeuten, Kinderpsychologen, Spezialausbildern und Projektmanagern im Bereich der Früherkennung, Sozialarbeitern, Logopäden und Hörgeräteakustikern, Psychotherapeuten, examinieren Krankenschwestern, Sozialberatern in der Familienberatung, Familienberatern, Sozialarbeitern in der Familienbetreuung, Drogenberatern, militärischen Laufbahn- und Berufsberatern, Eignungsprüfern und Ausbildern sowie von Personen, die für die Bereitstellung von hierzu notwendigen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie verantwortlich sind, nämlich Systemverwaltern, Systemsoftwaretechnikern, Systemspezialisten, Projekt- und Programmmanagern.“
3. Unter Nummer 5 der Vereinbarung vom 27. März 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, werden die folgenden Unterabschnitte aa), bb) und cc) nach Abschnitt c eingefügt:
 - aa) Personen, die sich im Bundesgebiet in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der US-Streitkräfte oder ihres zivilen Gefolges oder als Angehörige solcher Mitglieder aufgehalten haben, können innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Beendigung ihrer Tätigkeit als Mitglieder der Streitkräfte oder des zivilen Gefolges oder ihrer Eigenschaft als Angehörige eine Tätigkeit nach Nummer 1 aufnehmen, ohne dass allein aufgrund dieser Tatsache die Begründung eines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS angenommen wird. Voraussetzung für eine Anschlussprivilegierung ist jedoch, dass vor Beginn der Tätigkeit im Rahmen der Truppenbetreuung kein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS begründet worden ist.
 - bb) Personen, die ihre Tätigkeit im Rahmen der Truppenbetreuung im Rahmen eines Vertrags ausübten und wie Mitglieder des zivilen Gefolges angesehen und behan-

delt wurden, können innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Beendigung ihrer Tätigkeit nach Nummer 1 erneut eine Arbeit nach Nummer 1 oder als technische Fachkraft im Rahmen eines anderen Vertrags/Folgevertrags aufnehmen, ohne dass allein aufgrund dieser Tatsache die Begründung eines Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS angenommen wird. Härtefälle werden wohlwollend geprüft. Voraussetzung für eine Anschlussprivilegierung ist jedoch, dass vor Beginn der Tätigkeit im Rahmen der Truppenbetreuung oder als technische Fachkraft kein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Bundesgebiet im Sinne des Artikels 72 Absatz 5 Buchstabe b Ziffer iv ZA-NTS begründet worden ist.

cc) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass Arbeitnehmer, die Tätigkeiten nach Nummer 1 verrichten und Arbeitnehmer privater Unternehmen sind, die im Auftrag der Truppe tätig sind, gemäß Artikel 72 ZA-NTS wie Mitglieder des zivilen Gefolges angesehen und behandelt werden, wenn diese Arbeitnehmer die Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 5 ZA-NTS erfüllen.

4. Ziffer 5 Abschnitt d) Unterabschnitt cc) der Vereinbarung vom 27. März 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, erhält folgende neue Fassung:

„cc) dienstliche Angaben:

Name sowie deutsche Zivilanschrift des Firmensitzes und Telefonnummer des mit der Truppenbetreuung beauftragten Unternehmens, Vertragsnummer, Sitz des Project Managers bzw. des verantwortlichen Mitarbeiters der Firma in Deutschland, Arbeitsort, zivile Dienstanschrift und Diensttelefon, Beschreibung der dienstlichen Aufgabenstellung, Beginn und voraussichtliches Ende des Arbeitsverhältnisses (Kopie des Arbeitsvertrages bzw. Angebot und Annahme), Umfang der Vergütung, d.h. Lohn oder Gehalt zuzüglich des geldwerten Vorteils für die gewährten Privilegien, Bezeichnung der gesamten gewährten Vergütungsbestandteile im Generalvertrag;“.

5. Diese Änderungsvereinbarung tritt rückwirkend zum 27. März 1998 in Kraft.
6. Diese Änderungsvereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Änderungsvereinbarung zu der vorgenannten Vereinbarung vom 27. März 1998 bilden, die rückwirkend zum 27. März 1998 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nummer 883 vom 29. Juni 2001 und diese Antwortnote eine Änderungsvereinbarung zu der Vereinbarung vom 27. März 1998 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind, die rückwirkend zum 27. März 1998 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika

Berlin

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2001 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 13,20 DM (11,20 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 14,30 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zum Schutz der Hersteller
von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger**

Vom 18. September 2001

Das Übereinkommen vom 29. Oktober 1971 zum Schutz der Hersteller von Tonträgern gegen die unerlaubte Vervielfältigung ihrer Tonträger (BGBl. 1973 II S. 1669) ist nach seinem Artikel 11 Abs. 2 für

Aserbaidschan	am 1. September 2001
Estland	am 28. Mai 2000
Kasachstan	am 3. August 2001
Kroatien	am 20. April 2000
Litauen	am 27. Januar 2000
Moldau, Republik	am 17. Juli 2000
Nicaragua	am 10. August 2000
St. Lucia	am 2. April 2001
Ukraine	am 18. Februar 2000

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. April 2000 (BGBl. II S. 745).

Berlin, den 18. September 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier